

Ergebnisse  
der Arbeitseinheiten

## Kapitel 6



6



# 6 Ergebnisse der Arbeitseinheiten

6

## Arbeitseinheit 01 Einführung, Verbraucherschutz Gesundheit

Im Rahmen der ersten Arbeitseinheit wurden die Teilnehmer offiziell begrüßt. Sie erhielten Informationen über den zeitlichen Ablauf der vier Tage. Es erfolgte eine kurze Einführung zum grundsätzlichen Ablauf einer Planungszelle, das heißt in Arbeitsformen, Kleingruppen, Anonymisierung der Teilnehmerdaten usw.

Ziel dieser Arbeitseinheit war es, den Bürgergutachtern die Möglichkeit zu geben, sich zunächst grundsätzlich zum Thema „Verbraucherpolitik“ und dann schon zum ersten Themenbereich „Gesundheitspflege (Prävention)“ zu äußern. Damit wurde der erste von vier größeren Themenblöcken, der Block „Gesundheit“ eröffnet.

Zu diesem Zweck wurden der Gruppenarbeit zwei Einzelfragebögen vorgeschaltet. Jeder Bürger konnte somit bei der Bearbeitung des ersten Einzelfragebogens für sich allein darüber nachdenken, wie zufrieden er mit dem Verbraucherschutz ist und wo Möglichkeiten einer Verbesserung bestehen („Wie zufrieden sind Sie mit dem Verbraucherschutz in folgenden Bereichen?“).

Was den Verbraucherschutz anbelangt, so waren die Bürgergutachter mit keinem Bereich wirklich zufrieden. Eine mittlere Bewertung erhielten die Sicherheit von Arzneimitteln, die Lebensmittelsicherheit allgemein, die Verbraucherberatung und die Fleischqualität.

Eher unzufrieden äußerten sich die Bürger mit dem Schutz vor irreführender Werbung und vor möglichen Mobilfunkgefahren.

Beim zweiten Einzelfragebogen ging es um die Gesundheit. Aus der eigenen Erfahrung und dem eigenen Erleben sollten die Bürger beurteilen, was ihre Gesundheit stärkt und was sie krank macht („Was stärkt Ihre Gesundheit?“ und „Was macht Sie krank, was beeinträchtigt Ihre Gesundheit“?).

Wie zufrieden sind Sie mit dem Verbraucherschutz in folgenden Bereichen?	Mittelwerte
Sicherung der Fleischqualität (BSE usw.)	2,3
Lebensmittelsicherheit allgemein	2
Sicherheit von Arzneimitteln	1,9
Schutz vor möglichen Mobilfunk-Gefahren	2,4
Schutz vor irreführender Werbung	2,5
Verbraucherberatung und -information	2,1
Schutz vor schädlicher Chemie im Haushalt	2,2

1=zufrieden, 2=zum Teil, 3=unzufrieden

Was stärkt ihre Gesundheit?	Mittelwerte
Familie, Freunde	1,2
Geselligkeit	1,8
Arbeit	1,9
Sport	1,7
Urlaub, Reisen	1,7
frische Luft, Natur	1,1
Schlafen	1,4
Religion, Glaube	2,2
Liebe	1,3
Hobbies, Freizeit	1,6
Ernährung	1,4

1 =stark, 2=mittler, 3=schwach

Die Bürgergutachter sehen ihre **Gesundheit** am meisten **gestärkt** durch den Familien- und Freundeskreis, die richtige Ernährung, Natur und frische Luft und ausreichend Schlaf.

Bei dieser Arbeitseinheit war noch kein Experten-Referat vorgesehen, weil die Bürger unmittelbar aus ihrer Erfahrung und aufgrund ihrer bisher erworbenen Kenntnisse antworten sollten. Auf die Einzelfragebögen folgte deshalb die erste Gruppenarbeit. In zufällig zusammengestellten Kleingruppen machten sich die Bürger Gedanken über die Fragen: „Was kann der Einzelne vorbeugend für seine Gesundheit tun?“ und „wie soll der Staat bei der Gesundheitspflege (Vorbeugung von Krankheiten) helfen?“ Die Kleingruppen sollten sich jeweils auf die bis zu drei ihrer Ansicht nach wichtigsten oder besten Möglichkeiten beschränken.

Die Antworten wurden – wie in Kapitel 5 beschrieben – im Plenum vorgestellt und von den Prozessbegleitern auf Plakaten festgehalten. Schon dabei wurden ähnliche Empfehlungen zusammengefasst; für die Darstellung im Gutachten wurden die Daten nochmals deutlich verdichtet.



# Gesundheitspflege durch den Einzelnen

6

Die Bürger sehen in gesunder Lebensweise den besten Weg, Vorsorge für ihre Gesundheit zu treffen. Sie unterscheiden durchgehend zwei Möglichkeiten: richtige Ernährung mit hochwertigen Lebensmitteln und Sport. Gesunde Ernährung besitzt dabei einen leichten Vorsprung vor körperlicher Bewegung. Auch ausreichend Schlaf und Einschränkung bei Genussgiften spielen eine Rolle.

Unter den fünf Orten in Bayern, an denen Planungszellen stattfanden, messen die Teilnehmer in München und Tirschenreuth einer gesunden Lebensweise besondere Bedeutung als Vorsorgemaßnahme zu. Auch bei den anderen Regionen liegt dieser Punkt aber an der Spitze.

Eine positive Lebenseinstellung ist für die Bürger die zweite wichtige Säule der Gesundheitsvorsorge.

Mit weitem Abstand, aber mit noch hoher Punktzahl sehen die Bürgergutachter in ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen und der Suchtprävention, vor allem im Bezug auf die Abhängigkeit von Alkohol und Tabak, ein wichtiges Gebiet. Ergeben sich bei der Suchtprävention kaum regionale Unterschiede, abgesehen davon, dass in München besonders wenig Punkte dafür gegeben wurden, so zeigt sich bei den ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen eine interessante Verteilung. In Erlangen wurden dafür mehr als doppelt so viele Punkte vergeben wie in Krumbach, das an zweiter Stelle liegt.

Ein gesundes Arbeitsklima wurde von den Bürgern nur in Dingolfing angesprochen „gesunde Lebensraumgestaltung“ und „aktiver Umweltschutz“ nur in München und Krumbach.

## Was kann der Einzelne vorbeugend für seine Gesundheit tun?

	Punkte
Gesunde Lebensweise	1111
Positive Lebenseinstellung	686
Regelmäßige ärztliche Vorsorgeuntersuchungen	117
Suchtprävention (Alkohol, Tabak etc.)	98
Gesunde Lebensraumgestaltung	42
Aktiver Umweltschutz	31
Richtiger Umgang mit Medikamenten	30
Gesundes Arbeitsklima	10
<b>Summe</b>	<b>2125</b>



# Aufgaben des Staates bei der Gesundheitspflege

Bei dieser Frage sehen die Bürgergutachter besonderen Handlungsbedarf, was die Aufklärung und Information des Staates über Gesundheitsrisiken angeht. Dann folgen die Forderungen nach mehr Kontrolle und Transparenz: mehr Kontrolle nicht nur bei Lebensmitteln, sondern auch bei Baumaterialien, die Schadstoffe enthalten könnten, bei Strahlenbelastung durch Mobilfunk oder auch verstärkte Importkontrollen für Lebensmittel, Medikamente und andere Produkte. Unter mehr Transparenz verstehen die Bürger vom Staat angeordnete Information der Produzenten über die Herstellungsverfahren oder genauen Herkunftsorte der Nahrungsmittel. Die dritte Position bildet die gerechte Verteilung von Gesundheitsleistungen. Hierunter fassen die Bürger im Wesentlichen Folgendes zusammen:

- Reform des Gesundheitswesens mit dem Schwerpunkt auf Vorsorge (Schutzimpfungen, Förderung/Verbesserung der Kurmaßnahmen, mehr Vorsorgeuntersuchungen etc.)
- Reduktion unsinniger Kosten bei Aufrechterhaltung sinnvoller Leistungen
- Keine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Gesundheitsbereich
- Mehr und besser ausgebildetes Personal in Krankenhäusern und Pflegeheimen
- Einbeziehung der Naturheilkunde in die Kassenleistungen
- Weniger Verwaltung im Gesundheitsbereich
- Durchschaubare Abrechnungen der Ärzte

Beim Blick auf die einzelnen Regionen ergeben sich unterschiedliche Prioritäten. So ist für die Bürger in Erlangen Aufklärung und Information am wichtigsten, für die Dingolfinger die gerechte Versorgung mit Gesundheitsleistungen, für die Münchner, Krumbacher und Tirschenreuther mehr Kontrolle und Transparenz .

An zweiter Stelle steht in Tirschenreuth mehr Aufklärung und Information, gefolgt von der gerechten Verteilung

von Gesundheitsleistungen und, mit der gleichen Punktzahl, der Forderung nach besserer und verständlicherer Deklaration von Inhaltsstoffen in Lebensmitteln und Medikamenten.

In Dingolfing folgt auf Position zwei der Ruf nach verstärkter Aufklärung und Information. Auch hier an dritter Position die bessere und verständlichere Deklaration von Inhaltsstoffen in Lebensmitteln und Medikamenten.

Die Münchner Bürgergutachter sehen als zweitwichtigste Forderung „mehr Aufklärung und Information“, an dritter Position steht hier der bessere Schutz vor Umweltbelastungen, dicht gefolgt von der gerechten Verteilung der Gesundheitsleistungen.

Für die Bürgergutachter in Krumbach stehen an zweiter und dritter Stelle „mehr Aufklärung und Information“ beziehungsweise „gerechte Versorgung der Bürger mit Gesundheitsleistungen“.

In Erlangen bildet „mehr Kontrolle und Herstellung von Transparenz“ die zweite und „Gerechte Versorgung der Bürger mit Gesundheitsleistungen“ die dritte Position.

Der bessere Schutz vor Umweltbelastung erhält die höchste Zustimmung in München. Der Ausbau der Sportförderung wird in Krumbach sehr hoch bewertet, gefolgt von Erlangen. Am stärksten befürwortet wird das schärfere Vorgehen des Staates gegen Alkohol, Tabak und andere Drogen von den Dingolfinger Bürgergutachtern, gefolgt von den Krumbachern.

6

Wie soll der Staat bei der Gesundheitspflege helfen?	Punkte
Mehr Aufklärung und Information	512
Mehr Kontrolle und Herstellung von Transparenz	464
Gerechte Versorgung der Bürger mit Gesundheitsleistungen	362
Bessere und verständlichere Deklaration von Inhaltsstoffen in Lebensmitteln und Medikamenten	200
Besserer Schutz vor Umweltbelastungen	199
Ausbau und Verbesserung des Angebots an Vorsorgeuntersuchungen	157
Ausbau der Förderung des Sport (Schule, Vereine etc.)	114
Staat soll schärfer Position beziehen gegen Alkohol, Tabak und andere Drogen (z.B. mehr Nichtraucherzonen)	65
(Weitere Einzelforderungen)	(74)
<b>Summe</b>	<b>2147</b>

## Arbeitseinheit 02

### Umwelt und Gesundheit

6

Die Arbeitseinheit 02 beschäftigte sich mit der Wirkung vom Menschen verursachter Umwelteinflüsse auf die Gesundheit. Es ging um Themen wie Lärm oder Schadstoffe in der Luft und die Frage, welche umweltmedizinischen Maßnahmen getroffen werden können.

Die Bürgergutachter hörten in diesem Zusammenhang das erste Fachreferat (eines Umweltmediziners), das ihnen Informationen der Wissenschaft zur Verfügung stellen sollte, als Grundlage der Entscheidungsfindung.



## Größte umweltbedingte Gesundheitsgefahren

Die erste Aufgabe der Kleingruppen lautete: „Worin sehen Sie die drei größten umweltbedingten Gesundheitsgefahren?“

Die Kleingruppen trafen also schon eine Auswahl der in ihren Augen wichtigsten Gefahren, dann wurde diese Auswahl noch einmal von jedem einzelnen Teilnehmer gewichtet. Die größte Gesundheitsgefahr sind für die Bürgergutachter Schadstoffe in Luft, Wasser, Erde – bis auf Dingolfing, dort lagen die Schadstoffe in Produkten vorn, dann erst kamen Schadstoffe in Luft, Wasser, Erde.

Das Thema „Schadstoffe in Produkten“ wurde sonst immer auf den zweiten Rang eingestuft. Die Strahlenbelastung (Radioaktivität, Elektromog, Mobilfunk usw.) wurde bis auf Erlangen jeweils an dritter Stelle genannt. In Erlangen stand die Lärmbelastung als Gesundheitsgefahr in den Augen der Bürgergutachter an dritter Position, gefolgt von der Strahlenbelastung.

Der Lärm als Belastungsfaktor wurde sonst jeweils an vierter Stelle genannt.

„Zuviel Chemie“, gemeint sind hier unter anderem Putzmittel im Haushalt, wird in allen Planungszellen als Problem genannt.

„Skrupelloses Gewinnstreben“ von Teilen der Nahrungsmittelindustrie und Produzenten als Ursache von Gesundheitsgefahren kritisieren Bürger in Krumbach und München, wobei die Zahl in München besonders hoch liegt.

Die Bürgergutachter in Krumbach und Erlangen nennen auch psychosomatische Beschwerden als Folge von Stress, Leistungsdruck und Mobbing als Quelle von Gesundheitsgefährdung.

<b>Größte Gesundheitsgefahren</b> "Worin sehen Sie die drei größten umweltbedingten Gesundheitsgefahren?"		<b>Punkte</b>
Schadstoffe in Luft, Wasser, Erde		674
Schadstoffe in Produkten		579
Strahlenbelastung (AKW, Mobilfunk etc.)		322
Lärm		139
Zuviel Chemie (im Haushalt etc.)		96
Skrupelloses Gewinnstreben der Marktbeteiligten		58
Psychosomatik (Stress, Leistungsdruck, Mobbing etc.)		50
(Weitere Einzelforderungen)		(240)
<b>Summe</b>		<b>2153</b>

## Verminderung von umweltbedingten Gesundheitsgefahren

Als Abhilfe für diese Gesundheitsgefahren schlagen die Bürgergutachter eine Vielzahl von Maßnahmen vor:

**6** An erster Stelle stehen schärfere Auflagen und Verbote, dies gilt für alle Orte, in denen Planungszellen durchgeführt wurden. In Tirschenreuth ist den Teilnehmern hierbei besonders die verstärkte Kontrolle von Chemikalien zum Beispiel im Haushalt wichtig. Darunter verstehen die Bürger die konsequente Anwendung bestehender Gesetze und deren effiziente Überwachung. Der Staat solle schneller auf Missstände reagieren und stark umweltgefährdende Stoffe verbieten. Auch Probleme wie Gesundheitsgefahren durch Baumaterialien oder Elektromog und Mobilfunk sollten ernster genommen werden.

Die weiteren Ergebnisse sind nicht einheitlich verteilt.

In Tirschenreuth sehen die Bürger als zweitwichtigste Maßnahme die schnellere Umsetzung von technischen Verbesserungen, an dritter Stelle die Notwendigkeit, das eigene Verbraucherverhalten zu ändern. Die selbe Reihenfolge findet sich in Krumbach.

Für die Dingolfinger Bürgergutachter folgt auf die Forderung nach schärferen Kontrollen die nach einer Förderung alternativer Energien und des Umweltschutzes. Das Verlangen nach einer Stärkung des Umweltschutzes wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich nur in Dingolfing geäußert.

In München steht an zweiter Position die Verbesserung der Verkehrspolitik. (Dieser Punkt wurde nur in München genannt). Drittens die Förderung der Bio-Erzeuger (Die höchste Nennung unter allen Regionen, vor Krumbach).

Bei den Erlanger Bürgern folgt an zweiter Stelle die schnellere Umsetzung technischer Verbesserungen, dann die Forderung nach mehr Informationen über Risiken.

Die Forderung nach mehr Kontrolle genießt die meiste Unterstützung in Krumbach



<b>Abhilfe für Gesundheitsgefahren "Wie sollen diese Gefahren Ihrer Ansicht nach vermindert oder beseitigt werden?"</b>	<b>Punkte</b>
Schärfere Auflagen und Verbote	755
Technische Verbesserungen (schneller umsetzen)	278
Mehr Information über Risiken	239
Eigenes Verbraucherverhalten ändern	191
Förderung alternativer Energien	165
Importkontrolle - Stopp für ausländische Billigprodukte - mehr Regionales	113
Bessere Förderung der Bio-Erzeuger	104
Bessere Verkehrspolitik	83
Umweltschutz fördern	60
(Weitere Einzelforderungen)	(78)
<b>Summe</b>	<b>2096</b>

## Arbeitseinheit 03

### Arzneimittel und Verbraucherschutz

Die Bürgergutachter nahmen in dieser Arbeitseinheit den „gesundheitlichen Verbraucherschutz“, das heißt den Schutz desjenigen, der Leistungen des Gesundheitswesens in Anspruch nimmt, unter die Lupe, und zwar am Beispiel der Arzneimittel. Sie wurden dabei durch Fachreferate von Apothekern in ihrer Meinungsbildung unterstützt.

In der Gruppenarbeit galt es zwei Fragen zu beantworten: „Wie wollen Sie als Verbraucher über Arzneimittel und Behandlungsformen informiert werden?“ und „was sollte der Staat tun, um die Sicherheit von Arzneimitteln allgemein zu verbessern?“

6



## Informationen über Behandlung und Arzneimittel

Im Zentrum aller Forderungen steht durchgängig ein persönliches und ehrliches Gespräch mit dem Arzt über die zu verschreibenden Medikamente. Dieser Wunsch bekommt in allen Regionen, in denen Planungszellen stattfanden, ungefähr die Hälfte der abgegebenen Punkte.

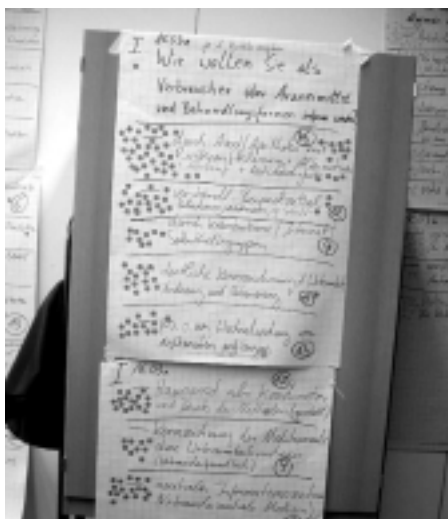
Der Arzt solle sich mehr Zeit nehmen und regelmäßig auch Alternativtherapien anbieten. Notwendig sei auch mehr Beratung, wenn es um Vorsorge zur Vermeidung von Krankheiten geht. Insbesondere wünschen sich die Bürger mehr Informationen vom Arzt über Naturheilmittel, eine bessere Aufklärung vor Operationen und mehr Informationen über die Nebenwirkungen von Arzneimitteln. Der Hausarzt soll zu einem gesundheitlichen Berater werden und alle Behandlungsmethoden koordinieren und im Blick behalten.

An zweiter Stelle steht der Wunsch nach verständlichen Beipackzetteln. Es geht den Bürgergutachtern hierbei um eine gut lesbare Schrift, nicht zu klein, und eine bessere Gliederung des Textes (eine Seite allgemeinverständlich für den Patienten, eine Seite Fachinformation für den Arzt oder Apotheker). Die Häufigkeit der aufgetretenen Nebenwirkungen sollte mit Prozentangabe erfolgen, um deren Wahrscheinlichkeit besser einschätzen zu können. Nur in Tirschenreuth liegt dieser Punkt an dritter Stelle. Der zweitwichtigste Vorschlag ist in Tirschenreuth, dass Altarzneimittel ohne Zulassung sofort vom Markt genommen werden müssten. Diese Forderung wird allerdings nur dort erhoben.

Viel Zustimmung in den Planungszellen findet das Verlangen nach mehr Informationen in den Medien über Arzneimittel und deren Wirkungen. Hier denken die Bürgergutachter an Medizinsendungen im Fernsehen, die über die Zusammenhänge aufklären sollen, aber auch an Informationsbroschüren und Internetangebote von öffentlichen Stellen, die entsprechende Informationen zur Verfügung stellen könnten. Vorstellbar ist für die Bürger die

Wie wollen Sie als Verbraucher über Arzneimittel und Behandlungsformen informiert werden?	Punkte
Persönliches, ehrliches Gespräch mit Arzt/Hausarzt über Medikamente	1095
Verständliche Beipackzettel	346
Mehr Aufklärung über die Medien	224
Gute Beratung durch Apotheker (evtl. als Pflicht)	124
Unabhängige medizinische Verbraucherberatung einrichten	52
Vergleichsmöglichkeiten und Kostentransparenz bei Medikamenten	51
Altarzneimittel ohne Zulassung sofort vom Markt nehmen	39
Information durch die Krankenkassen auch über Alternativmedizin	33
Mehr Entscheidungsfreiheit für die Patienten bei Alternativmedizin	29
(Weitere Einzelforderungen)	(107)
<b>Summe</b>	<b>2100</b>

Einrichtung einer unabhängigen medizinischen Verbraucherberatung, die beispielsweise bei den Gesundheitsämtern installiert werden könnte. Wichtig finden die Gutachter eine kompetente Beratung durch den Apotheker, dies sollte unter Umständen sogar zur Pflicht gemacht werden. Die Teilnehmer der Planungszellen fordern insgesamt mehr Auswahlmöglichkeiten bei medizinischen Therapien. So sollten alternative Behandlungsmethoden stärker ins Blickfeld kommen. Auch die Krankenkassen müssten sich dabei stärker beteiligen und ihre Mitglieder informieren.



## Arzneimittelsicherheit

6

Die Sicherheit von Arzneimitteln soll nach der überwiegenden Meinung aller Bürgergutachter verbessert werden durch eine verstärkte neutrale Prüfung und Kontrolle von Medikamenten. Medikamente ohne nachgewiesene Wirkung müssten schneller vom Markt genommen werden.

Es wird die Einführung eines Patientenpasses gefordert. Darin sollten alle Informationen enthalten sein, die es erlauben unnötige Doppelverschreibungen und Doppelbehandlungen zu vermeiden. Besonders wichtig sei dies für chronisch kranke Patienten. Die Gutachter fordern des Weiteren eine bessere Kontrolle der Arzneimittelindustrie und eine möglicherweise verpflichtende Weiterbildung von Ärzten und Apothekern. Diese müsse unabhängig von entsprechenden Angeboten der Pharmaindustrie erfolgen. Die Bürger wünschen sich mehr Unterstützung für eine unabhängige Forschung und die Förderung der Naturheilkunde. Der Arzt sollte nicht einfach nur ein Medikament verschreiben, sondern er müsse sich auch im Rahmen einer Nachuntersuchung darum kümmern, ob durch das Medikament Nebenwirkungen oder Wechselwirkungen mit anderen Mitteln aufgetreten sind. Der Arzt soll also nicht nur verschreiben, sondern auch die Wirksamkeit des Medikaments überprüfen. Neben der Einführung einer Positivliste ist es vielen Bürgergutachtern ein Anliegen, dass die Regressmöglichkeiten gegenüber Ärzten und Krankenhäusern verbessert werden. Einige Bürger wünschen sich im Fall einer Schädigung eine Umkehr der Beweislast, das heißt der Hersteller des Medikaments soll beweisen müssen, dass sein Medikament nicht an der Schädigung Schuld ist und nicht der betroffene Patient.

Was sollte der Staat tun, um die Sicherheit von Arzneimitteln allgemein zu verbessern?	Punkte
Bessere neutrale Prüfung und Kontrolle von Medikamenten	819
Patientenpass einführen	209
Politik soll Pharmaindustrie besser kontrollieren	135
Unabhängige und möglicherweise verpflichtende Weiterbildung von Ärzten und Apothekern	121
Mehr Gelder für eine unabhängige Forschung	117
Unabhängige medizinische Verbraucherberatung einrichten	94
Förderung der Naturheilkunde	73
Positivliste einführen	70
Beweislastumkehr einführen	65
Regelmäßige ärztliche Nachuntersuchung auf Neben- und Wechselwirkungen nach einer Verschreibung	49
Regressmöglichkeiten gegen Ärzte und Krankenhäuser verbessern	43
Striktere Importkontrolle für Arzneimittel	37
Werbeverbot für Arzneimittel	32
Geregelte Zusammenarbeit zwischen Schulmedizin und Homöopathie	30
Höheres Arzthonorar bei Beratung als Motivation	30
Naturheilmittel anerkennen	29
(Weitere Einzelforderungen)	(121)
<b>Summe</b>	<b>2074</b>

## Arbeitseinheit 04

### Landwirtschaft und Ernährung

Die Landwirtschaft ist das erste Glied in der Kette, die vom Boden bis in die Menschen hinein reicht. Sie steht daher im Mittelpunkt dieser ersten Arbeitseinheit im Themenblock „Ernährung“. Dabei steht die Landwirtschaft auch stellvertretend für Gartenbau und Fischerei. Durch Referenten wurden die Teilnehmer über die jeweiligen Vor- und Nachteile von „konventionellem“ und „ökologischem“ Landbau informiert. In der anschließenden Kleingruppenarbeit beantworteten die Bürgergutachter die Frage „Was soll der Staat machen, damit die Landwirtschaft Lebensmittel mit hoher Qualität erzeugt?“

Die Bürger fordern in ihrer Mehrheit verstärkte Kontrollen nicht nur im landwirtschaftlichen Betrieb, sondern auch bei Tierärzten und Futtermittelherstellern. Zudem verlangen sie mehr Informationen über das, was in der Landwirtschaft passiert, denn als Verbraucher ist es ihnen wichtig die Produktionswege von Nahrungsmitteln nachvollziehen zu können. Dazu gehören ein vollständiger Herkunftsnachweis und eine — allerdings begrenzte und damit noch überschaubare — Zahl von Gütesiegeln. In diesen Hauptforderungen waren sich die Teilnehmer der Planungszellen an allen fünf Orten einig.

Als Grundlage einer Versorgung mit gesunden Lebensmitteln soll nach dem Willen einiger Bürgergutachter zudem der ökologische Landbau zusammen mit artgerechter Tierhaltung eine größere Bedeutung erhalten. Die Forderung nach artgerechter Tierhaltung wurde überproportional stark in München erhoben, das vollständige Verbot der Massentierhaltung besonders in Tirschenreuth. In diesem Zusammenhang wird in Tirschenreuth auch vor allem der vorbeugende Einsatz von Medikamenten bei Tieren kritisiert. Die Produkte sollten nach der Meinung einer bedeutenden Zahl der Gutachter in der Region, in der sie erzeugt wurden auch vermarktet werden. Das bedeutet mehr Transparenz, kurze Transportwege und Frische der Produkte.

Was soll der Staat machen, damit die Landwirtschaft Lebensmittel mit hoher Qualität erzeugt?	Punkte
Mehr unabhängige Kontrollen in der Landwirtschaft, bei Tierärzten, bei Erzeugern und Futtermittelherstellern	599
Mehr Verbraucherinformationen über Landwirtschaft	404
Nachvollziehbare Wege in der Produktion von Lebensmitteln	399
Förderung des ökologischen Landbaus	378
Regionalisierung von Landwirtschaft und Vermarktung	319
Artgerechte Tierhaltung	213
Bestehende Fördersysteme überdenken	168
Bessere Importkontrollen für Lebensmittel	141
Angemessene Erzeugerpreise	130
Tiermehlfütterung verbieten/soll verboten bleiben	126
Verbot von Tiertransporten	115
Umstellungshilfen für Qualitätssteigerung	109
Verbot der Massentierhaltung	101
(Weitere Einzelforderungen)	(913)
<b>Summe</b>	<b>4115</b>

Die bestehenden Fördersysteme für landwirtschaftliche Betriebe sollen überdacht werden. Darunter verstehen die Bürger unter anderem eine allgemeine Verringerung der Ausgaben für die Landwirtschaft. Der Rest soll dann gezielter verteilt werden. Insbesondere die Massentierhaltung dürfe nicht mehr subventioniert werden.

Zu den Erwartungen an den Staat gehören weiter eine Verstärkung der Importkontrollen (Kennzeichnung, Beschränkungen, Qualitätsprüfungen), dies wurde mit höchstem Prozentsatz in Dingolfing gefordert, und das Eintreten für angemessene Erzeugerpreise.

Das Vertrauen in die Landwirtschaft scheint also derzeit nicht sehr groß zu sein, sonst würde nicht die unabhängige Kontrolle an erster Stelle der Empfehlungen stehen. Zählt man die Forderung nach nachvollziehbaren Wegen der Produktion von Lebensmitteln hinzu, dann ergibt sich ein deutlicher Schwerpunkt auf einer wirklich „offenen Stalltür“. Der modernen industrialisierten Agrarwirtschaft steht ein sehr großer Teil der Gutachter recht kritisch gegenüber.

PZ 09 Was sollte Staat tun?

	CA 03	Pol	Gez
- Nicht geprüfte Arzneimittel vom Markt nehmen - sofort !! <small>(keine Fristenlangsam) Naturheilmittel</small>	24		Strahlungs
- Umfassende Info über Arzneimittel - zentrale Stelle	5		Mohndarm Ginseng
- Bessere Anamnese vom Arzt, Wahnsymptome bei Erstbesuch (Anamnese)	12		Erkrankung erhöhen
- Unabhängige Kommission f. Arznei- mittelprüfung	7		Buffet
- Staatl. Fortbildung f. Ärzte u. Apotheker als Pflicht	10		Wasser
- Bewerklase beim Hersteller u. Arznei.	5		Endo
- Staat mehr Geld in die Arznei- mittelprüfung investieren	7		deber umö Wahr
- Kontrollstelle für Grundbesitzer- änderung	4		La
	11		grü

## Arbeitseinheit 05

### Bedenkliche Lebensmittelverarbeitung und Zusatzstoffe

In dieser Arbeitseinheit nahmen die Bürgergutachter die Verarbeitung von Lebensmitteln und die darin enthaltenen Zusatzstoffe unter die Lupe. Informationen erhielten sie durch das Referat einer Ökotrophologin (Ernährungs- und Haushaltswissenschaftlerin). Die Arbeitseinheiten 05 und 06 bilden zusammen ein Ganzes. Der erste Teil in 05 beschäftigt sich mit den Vor- und Nachteilen von Formen und Stufen der Lebensmittelbearbeitung und -verarbeitung, außerdem mit den Zusatzstoffen in Lebensmitteln und deren Arten, Wirkungen und der Kennzeichnung. Im zweiten Teil 06 sollten die Gutachter dann Forderungen stellen sowohl an die Kennzeichnung von Lebensmitteln als auch an die Lebensmittelbearbeitung und -verarbeitung.

Am Anfang – vor dem Referat – stand allerdings ein Einzelfragebogen, der in das Thema einführte. Die erste Frage, nach Art und Ort des Essens der Teilnehmer, gab ihnen Gelegenheit, ihre eigenen Gewohnheiten bewusstmachen. Aus den Ergebnissen wird deutlich, dass die meisten Teilnehmer der Planungszelle zu Hause

gegessen haben und ihre Mahlzeit aus den Grundzutaten zubereiteten. Relativ wenige aßen am Arbeitsplatz beziehungsweise in der Kantine und nur eine verschwindend geringe Zahl besuchte ein Schnellrestaurant oder eine Imbissbude.

Die zweite Frage lautete: „Fühlen Sie sich sicher, wenn Sie Ihre Lebensmittel essen? Haben Sie Vertrauen zu Ihrer Nahrung und deren Hersteller oder Händler?“ Dabei konnten verschiedene Betriebstypen des Lebensmitteleinzelhandels bewertet werden. Vorgegeben waren Supermarkt, Discounter, örtlicher Metzger, örtlicher Bäcker und Bioladen (Vollständigkeit war nicht angestrebt). Andere Betriebstypen konnten ergänzt werden.

Das höchste Vertrauen genießen Lebensmittel aus Eigenproduktion. Am häufigsten und in den unterschiedlichsten Varianten wurde – ebenfalls zusätzlich – der Direktbezug ab Hersteller genannt, dem ein sehr großes Vertrauen entgegengebracht wird. Allein die beiden ersten Münchner Planungszellen (07 und 08) erwähnen diese Bezugsquelle nicht.

Der Fast-Food-Bereich schneidet im Vertrauensdurchschnitt derjenigen, die ihn zusätzlich erwähnt haben, absolut am schlechtesten ab. Besonders Teilnehmer aus München, Krumbach und Erlangen scheinen gegenüber dem Fast-Food-Bereich kritisch eingestellt zu sein. Allgemein ist das Vertrauen mittelgroß, das in Lebensmittelbetriebe gesetzt wird.

Nach dem Referat und den Fragen dazu bearbeiteten die Kleingruppen das Thema in zwei Arbeitseinheiten. In der Arbeitseinheit 05 ging es um die Beurteilung von Produktionsarten und Inhalts- und Zusatzstoffe, die als bedenklich eingestuft werden. (In der Arbeitseinheit 06 folgten Anforderungen an die Kennzeichnung von Lebensmitteln und schließlich weitere und allgemeine Empfehlungen für die Lebensmittelproduktion).

#### Wie oft haben Sie in der letzten Woche (vor den Planungszellen) ungefähr:

	Durchschnitt
in einer Gaststätte gegessen?	0,9
ein Gericht aus den Grundzutaten (keine Fertigwaren) selbst zubereitet und gegessen?	5,8
in einem Fast-Food-Restaurant gegessen?	0,2
Lebensmittel aus kontrolliert ökologischen Anbau verzehrt?	1,9
daheim gegessen?	7,8
an einer Imbissbude oder dergleichen gegessen?	0,2
in einer Kantine oder am Arbeitsplatz gegessen?	1,1
ein Fertiggericht zuhause zubereitet	0,7

**Fühlen Sie sich sicher, wenn Sie Ihre Lebensmittel essen?  
Haben Sie Vertrauen zu Ihrer Nahrung und deren  
Hersteller oder Händler?**

	Tirschenreuth	Dingolfing	München	Krumbach	Erlangen	Gesamt
allgemein	1,9	1,9	2,1	2,0	2,0	2,0
bei Lebensmitteln vom Supermarkt	2,1	2,1	2,2	2,1	2,1	2,2
bei Lebensmitteln vom Discounter (Aldi, Lidl usw.)	2,0	2,0	2,3	2,2	2,2	2,1
bei Lebensmitteln vom örtlichen Metzger	1,3	1,3	1,6	1,6	1,5	1,5
bei Lebensmitteln vom örtlichen Bäcker	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,4
bei Lebensmitteln vom Bioladen	1,6	1,8	1,5	1,5	1,6	1,6
bei Lebensmitteln direkt vom Hersteller	1,1	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2
bei Lebensmitteln vom Wochenmarkt	k.A.	k.A.	1,0	1,0	1,4	1,1
bei Lebensmitteln aus Eigenproduktion	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
bei Lebensmitteln vom spezialisierten Laden	k.A.	k.A.	1,4	1,2	k.A.	1,3
bei Lebensmitteln aus dem Fast-Food-Bereich	k.A.	1,5	k.A.	3,0	k.A.	2,3
bei sonstigen Lebensmitteln (Kantine, Versand, Wasser)	k.A.	k.A.	k.A.	1,8	1,0	1,4

1=großes Vertrauen, 2=mittleres Vertrauen, 3=kein Vertrauen, k.A.=keine Angabe



**Bedenkliche Herstellungsweisen von Lebensmitteln**

Gegen die industrielle Herstellung von Lebensmitteln haben die teilnehmenden Bürger die meisten Bedenken. Diese Sicht der Dinge zieht sich durch alle Planungszellen und wird nur noch in Krumbach und Erlangen übertroffen von der Kritik an der Gentechnik im Zusammenhang mit der Herstellung von Lebensmitteln.

Nimmt man Aussagen zu bestimmten Konservierungsverfahren oder künstlichen Zusatzstoffen hinzu, dann wird daraus ein breites Misstrauen der Bürgergutachter gegenüber der Lebensmittelindustrie deutlich.

"Welche Herstellungsarten von Lebensmitteln erscheinen Ihnen bedenklich?"	Punkte
Industrielle Herstellung	532
Gentechnik	395
Bestimmte Konservierungsverfahren, besonders die Bestrahlung von Lebensmitteln	369
Nicht artgerechte Tierhaltung	209
Nicht nachvollziehbare Herstellung (Importware)	163
Zuviel Einsatz von Chemie (Dünger, Pestizide usw.)	108
Nicht amtlich kontrollierte Herstellungsverfahren	84
Künstliche Zusatzstoffe	62
Immer weitere Entfernung vom Naturprodukt	58
Überlange Transportwege	45
(Weitere Einzelforderungen)	(144)
<b>Summe</b>	<b>2169</b>

## Bedenkliche Inhalts- und Zusatzstoffe in Lebensmitteln

6

Nach Ansicht der Bürger, das zeigt die lange Liste der bedenklichen Zusatzstoffe, verfälscht die Industrie zunehmend die ursprüngliche Qualität und den Geschmack der Lebensmittel. Die Verbraucher bekommen nicht mehr das Original, sondern nur noch eine aufbereitete Kopie vorgesetzt, die dann durch die Vielzahl der Zusatzstoffe zumindest bei Teilen der Bevölkerung möglicherweise sogar Gesundheitsschäden hervorrufen kann.

In den Blick der Gutachter kommen aber auch manche Produzenten. Durch nicht artgerechte Tierhaltung und den verbotenen Einsatz von Mastbeschleunigern wie Hormonen und Antibiotika tragen sie in den Augen der teilnehmenden Bürger ihren Teil bei zu einer Nahrung, die sich immer weiter vom Naturprodukt entfernt. Dieses naturnahe, ungeschönte Produkt ist offensichtlich für sehr Viele das Ideal eines guten und vertrauenswürdigen Lebensmittels.

"Welche Inhalts- und Zusatzstoffe in Lebensmitteln erscheinen Ihnen bedenklich?"	Punkte
Künstliche Zusatzstoffe allgemein (Emulgatoren, Stabilisatoren etc.)	359
Geschmacksverstärker	261
Unnatürliche Konservierungsstoffe	241
Inhaltsstoffe mit E-Nummern	219
Künstliche Farbstoffe	152
Genmanipulierte Zusatzstoffe	133
Künstliche Aromastoffe	115
Medikamente/Hormone	113
Artfremde Stoffe (Horn, Haare, Stroh)	101
Nicht kontrollierte Inhaltsstoffe	85
Zuviel Einsatz von Chemie (Herbizide, Fungizide, Pestizide, Insektizide)	48
(Weitere Einzelforderungen)	(71)
<b>Summe</b>	<b>1898</b>

## Arbeitseinheit 06

Die Arbeitseinheiten 05 und 06 bilden fast eine Einheit. Im vorigen Teil ging es darum, welche Arten der Lebensmittelbearbeitung und -verarbeitung und welche verwendeten Zusatzstoffe kritisch gesehen werden. Im Mittelpunkt dieser Gruppenarbeit standen die Forderungen sowohl an die Kennzeichnung von Lebensmitteln als auch an ihre Be- und Verarbeitung. Fragen der Landwirtschaft und der Lebensmittelhygiene und -überwachung sollten nicht behandelt werden, da sie in den Arbeitseinheiten 04 und 07 genauer betrachtet wurden.

<b>Forderungen an die Kennzeichnung von Lebensmitteln</b>	
<b>"Bitte sammeln Sie Ihre wichtigsten 5 Forderungen an die Kennzeichnung von Lebensmitteln, insbesondere im Hinblick auf Zusatzstoffe"</b>	<b>Punkte</b>
Leicht verständliche, klare und übersichtliche Angabe von Inhaltsstoffen (evtl. auch Prozentangabe)	1119
Angabe von Herkunftsland und Produktionsort der Zutaten	360
Alle Inhaltsstoffe auflisten	333
Auskunft bei offen verkauften Lebensmittel (mündlich oder schriftlich durch Aushang)	270
Gut sichtbares Herstellungs- und Verfallsdatum an einheitlicher Stelle	244
Gen-Food besser kennzeichnen	243
Angabe der Herstellungsart	232
Konsequenter staatliche Kontrolle über Korrektheit von Inhaltsangaben	151
Keine irreführenden Zeichen und Logos auf Verpackungen	112
Jeweils Bedenklichkeit für Allergiker, Diabetiker, Alkoholiker und Kinder angeben (Gesundheitswarnung)	109
Betonte Kennzeichnung von Geschmacksverstärkern, künstlichen Farb- und Aromastoffen	98
Mehr Aufklärung (auch durch die Hersteller durch Broschüren, Telefon-Hotline etc.)	93
Zuverlässiges und einheitliches Prüfsiegel	78
Bei Fleisch und Fisch: Art der Tierhaltung/Fütterung angeben	70
(Weitere Einzelforderungen)	(416)
<b>Summe</b>	<b>3928</b>

## Kennzeichnung von Lebensmitteln

6 Neben der leicht verständlichen, klaren und übersichtlichen Angabe von Inhaltsstoffen — dies nicht nur in absoluter Mengenangabe, sondern unter Umständen auch in Prozent — ist den Teilnehmern der Planungszellen vor allem wichtig, dass Herkunftsland und Produktionsort der Zutaten genannt werden. Zudem sollten wirklich alle Inhaltsstoffe aufgeführt werden. Kritisiert wird von den Bürgern die Verschlüsselung von Zutaten durch E-Nummern auf der Verpackung, die es dem normalen Verbraucher unmöglich machen, die Zusatzstoffe einzuordnen.

Wichtig sind den Bürgergutachtern auch Informationen beim offenen Verkauf von Lebensmitteln. Dies könne mündlich erfolgen im Rahmen einer kompetenten Beratung durch das Verkaufspersonal oder durch einen Aushang im Geschäft, der ausführlich und verständlich über alle Zutaten und Zusatzstoffe informiert.

Stark vertreten wurde in den Planungszellen zudem die Forderung, neben dem Mindesthaltbarkeitsdatum auch das Herstellungsdatum gut sichtbar und an einheitlicher Stelle auf der Verpackung zu vermerken. Außerdem sollten die Herstellungsart genannt und Gen-Food besser gekennzeichnet werden.

Es ist eine Aufgabe des Staates, die Korrektheit von Inhaltsangaben konsequenter zu kontrollieren. Es müsse ferner daran gedacht werden, die Bedenklichkeit bestimmter Inhaltsstoffe für Allergiker und Diabetiker auf der Verpackung zu vermerken, vielleicht durch einen entsprechenden Warnhinweis. Besonders kritisch wird von einigen Planungszellen gesehen, dass es in bestimmten Produkten versteckten Alkohol gibt. Dies sei gefährlich für Alkoholiker und Kinder, vor allem wenn der Alkohol in Kinderprodukten verwendet wird. Auch hier soll es in den Augen der Bürgergutachter zumindest einen Warnhinweis geben. Die Ablehnung irreführender Zeichen und Logos bedeutet, dass auf der

Verpackung kein falscher Eindruck erweckt werden soll. Als Beispiel nannten die Bürger die Abbildung einer Kuh auf der Verpackung eines Sojaprodukts.

**Lebensmittelbe- und -verarbeitung**

Die mit Abstand wichtigsten Forderungen der Gutachter an die Lebensmittelverarbeitung sind die Regionalisierung und verstärkte Kontrollen auch der Importe. Unter Regionalisierung verstehen die Bürger die Nutzung regionaler Produkte. Was in einer bestimmte Region erzeugt wird, sollte auch den Menschen vor Ort angeboten und nicht über lange Strecken quer durch Deutschland und Europa transportiert werden. Dies umfasst zudem eine Stärkung der Direktvermarktung. Bemängelt wird die Hygiene in der Produktion von Lebensmitteln. Hier wird mehr Sorgfalt gefordert. Die Industrie und überhaupt jeder Produzent müsse Wert legen auf eine schonende Verarbeitung und Konservierung der Lebensmittel, damit essentielle Nährstoffe den Produktionsprozess überstehen.

Durchgehend kritisiert wurden die vielen chemischen Zusätze in Lebensmitteln wie Geschmacksverstärker und künstliche Farb- und Aromastoffe. Hier wird ein Verbot oder zumindest eine Reduzierung verlangt. Ziel ist ein möglichst naturnahes Lebensmittel.

Wichtig sind den Bürgern zudem ein klarer Herkunftsnachweis aller Bestandteile und die Reduzierung der Verpackungsmasse. In jedem Fall sollten Verpackungen umweltverträglich sein. Allgemein wünschen die Bürger mehr Transparenz bei Produktion und Transportwegen, so könnte auch verhindert werden, dass bedenkliche Ware verwendet wird, zum Beispiel dass faules Obst bei der Herstellung von Säften nicht vollständig aussortiert wird.

Insgesamt erwarten die Bürger von der Industrie, dass diese mehr unbelastete Lebensmittel herstellt. Bio-Produkte dürfe es nicht nur im Bio-Laden geben, sondern das Bestreben sollte sein, die Qualität der breiten Masse von Nahrungsmitteln anzuheben.

<b>Forderungen an die Lebensmittelbearbeitung und -verarbeitung</b>	
<b>"Bitte formulieren Sie weitere 5 Forderungen an die Lebensmittelbe- und -verarbeitung"</b>	<b>Punkte</b>
Regionalisierung (regionale Produkte, kurze Transportwege, Direktvermarktung)	608
Mehr Kontrollen (unangemeldet, auch der Importe)	574
Schonende Verarbeitung und Konservierung	344
Mehr Hygiene bei der Verarbeitung	317
Verbot oder zumindest Begrenzung nicht unbedingt notwendiger chemischer Zusätze (Geschmacksverstärker, künstliche Farb- und Aromastoffe)	279
Klarer Herkunftsnachweis für alle Bestandteile	278
Verpackungen reduzieren und mehr umweltverträgliche Verpackungen	220
Transparenz bei Produktion und Transportwegen	216
Industrie soll mehr unbelastete Lebensmittel herstellen (Bio nicht nur im Bioladen)	202
Verbot gentechnisch veränderter Lebensmittel	167
Artgerechte Tierhaltung	167
Keine bedenkliche Ware verwenden (z. B. faules Obst für Säfte)	133
(Weitere Einzelforderungen)	(610)
<b>Summe</b>	<b>4115</b>

Bemängelt wurde von den Bürgergutachtern die mangelnde Frische vieler Produkte in Handel und Gastronomie, hier gebe es für die Beteiligten noch viel zu tun. Durch ehrliche Werbung und Information und den Verzicht auf Bestrahlung von Lebensmitteln könnten Industrie und Produzenten ihre Glaubwürdigkeit erhöhen und Vertrauen gewinnen.

In dieser Arbeitseinheit ergaben sich bei den Forderungen kaum wesentliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen, in denen Planungszellen stattfanden.

Intensivere Kontrollen wurden dabei besonders von den Teilnehmern in München und Erlangen gefordert, während die Gutachter in Krumbach die Transparenz von Produktion und Transportwegen hervorhoben. In Dingolfing und Tirschenreuth wurde die Regionalisierung des Lebensmittelmarkts stärker gefordert. Insgesamt ist bei diesen Fragen eine ziemliche Gleichverteilung der Forderungen zu erkennen.



## Arbeitseinheit 07

### Lebensmittelüberwachung und Lebensmittelhygiene

In der Arbeitseinheit 07 beschäftigen sich die Bürgergutachter mit der Frage der Lebensmittelüberwachung und -sicherheit. Mitarbeiter der örtlichen Lebensmittelüberwachungsbehörden hatten sich bereit erklärt, die Bürger in einem Vortrag über die wesentlichsten Probleme und Vorgehensweisen zu unterrichten. Zudem ist jeder Planungszellenteilnehmer selbst in der Lage, aus seiner Lebenserfahrung heraus zu beurteilen, welche Mängel in bestimmten Bereichen von Handel und Gastronomie bestehen.

#### Mängel der Lebensmittelhygiene und -qualität

Das aus eigener Erfahrung als Konsument festgestellte Hauptproblem bei der Lebensmittelhygiene sehen die Bürgergutachter darin, dass das Personal sich nicht an die entsprechenden Vorschriften und Empfehlungen hält. Gemeint ist dabei vor allem die Beobachtung, dass zum Beispiel in Bäckereien die Waren mit der Hand anstatt mit einer Zange angefasst werden und dass auf den Boden gefallene Backwaren wieder aufgehoben und verkauft werden. Ein großes Manko sehen die Gutachter auch in der Tatsache, dass das Personal für Kasse und Bedienung nicht getrennt wird. Zumindest müsste dafür Sorge getragen werden, dass nicht zuerst Geld angefasst wird und dann die Lebensmittel. Die Bürger kritisieren auch das Reinigen und Fegen des Verkaufsraums beziehungsweise der Verkaufstheke während die Waren noch ausliegen, zum Beispiel kurz vor Geschäftsschluss.

Zählt man zu diesem Punkt noch die anderen Mängelrügen hinzu, die mit dem Faktor Mensch zu tun haben (zum Beispiel falsche Lagerung von Lebensmitteln, verdorbene Ware im Regal, mangelnde Sauberkeit von Gläsern und Geschirr, Verwendung von altem Frittierfett, mangelnde Hygiene in der Küche), dann wird die Einhaltung beziehungsweise Nichteinhaltung der Hygienevorschriften durch das Personal in Handel und Gastronomie zum entscheidenden Kritikpunkt. In diesem Bereich muss also in den Augen der Bürger noch verstärkt gearbeitet werden.

Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen in Bayern gibt es dabei kaum. So wird zwar in Erlangen etwas deutlicher die falsche Lagerung von Lebensmitteln kritisiert. Bei der Kritik am Verbleib verdorbener Lebensmittel im Regal gibt es aber in allen Regionen dieselbe Zustimmung.



**Mängel bei der Lebensmittelhygiene in Handel und Gastronomie**

"Welche Mängel der Lebensmittelhygiene und -qualität sind Ihnen selbst schon in Handel und Gastronomie aufgefallen?"

**Punkte**

Verkaufspersonal hält Hygienevorschriften nicht ein 770

Verdorbene oder abgelaufene Ware im Regal 307

Falsche Lagerung von Lebensmitteln (unterbrochene Kühlkette etc.) 248

Mangelnde Sauberkeit von Gläsern und Geschirr 155

Verwendung von Altfett und altem Frittierfett 90

Ungeziefer in Lebensmitteln und Verpackungen 56

Selbstbedienung bei Obst und Gemüse ist nicht hygienisch 52

Allgemein fehlende Sauberkeit in Handel und Gastronomie (Schmutzige Räume, dreckige Kleidung etc.) 52

Mangelnde Frische der angebotenen Produkte 48

(Weitere Einzelforderungen) (227)

**Summe** 2005

Genannt wurde von den Teilnehmern der Planungszellen auch die mangelnde Frische vieler Produkte im Handel und in Gaststätten. Hier gebe es Handlungsbedarf.

Auch die Selbstbedienung bei Obst und Gemüse geriet ins Visier von Bürgergutachtern. Diese sei in der gegenwärtigen Weise nicht unbedingt hygienisch.

Aufgefallen ist einigen Bürgern, dass nicht selten, zufällig oder nicht zufällig, das Mindesthaltbarkeitsdatum durch ein Preisetikett überklebt wird.

**Verbesserung der Lebensmittelüberwachung**

Da die Bürger im Verhalten des Personals das Hauptproblem sehen, ist es nicht verwunderlich, dass sie die Lebensmittelüberwachung zu verstärkten Kontrollen aufrufen und dafür mehr Überwachungs-Personal fordern. Dafür sollten auch unkonventionelle Wege beschritten werden, wie zum Beispiel neben einem erweiterten Personalstamm in Spitzenzeiten nur für diesen Zeitraum weiteres Personal zu rekrutieren, eventuell sogar ehrenamtliche Hilfskräfte.

Ein wichtiges Anliegen ist den Bürgern eine „öffentlichere Lebensmittelüberwachung“. Die Lebensmittelüberwachungsbehörden sollten mehr auf die Öffentlichkeit zugehen. Die Teilnehmer der Planungszellen schlagen in diesem Zusammenhang beispielsweise vor: mehr Informationsmaterial für die Bürger, eine verstärkte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Einrichtung einer Telefon-Hotline für Fragen und Beschwerden über Missstände. Denkbar ist auch die Vorlage eines Rechenschaftsberichts in regelmäßigen Abständen.

Konsequenz aus der Kritik der Bürger ist auch der Wunsch, dass die Lebensmittelüberwachung präventiver arbeitet, das heißt auf das Personal in Handel und Gastronomie zugeht und dazu beiträgt, mehr Sensibilität in puncto Hygiene wachzurufen. Die Bürgergutachter halten es in diesem Zusammenhang für wichtig, dass es für alle Beschäftigten in Handel und Gastronomie, die mit Lebensmitteln umgehen, ein Gesundheitszeugnis gibt mit ärztlichem Attest. Dieses müsse regelmäßig kontrolliert werden.

Zur Sicherstellung der Objektivität der Kontrollen halten die Gutachter eine Rotation des Personals bei der Lebensmittelüberwachung für angebracht, nicht nur innerhalb des Tätigkeitsbereichs einer Behörde, sondern auch über die Stadt oder den Landkreis hinaus.

Des Weiteren werden verständliche und praktikable Gesetze gefordert, die keine Ausnahmen und Schlupflöcher mehr zulassen. Gegen Wiederholungstäter, die immer wieder im Bereich der Lebensmittelüberwachung auffällig werden, sollen härtere Strafen verhängt werden.

**Verbesserungsvorschläge für die amtliche Lebensmittelüberwachung**  
**"Welche Verbesserungen wünschen Sie sich von der amtlichen Lebensmittelüberwachung?"**

	Punkte
Mehr Kontrollen durchführen	497
"Öffentlichere Lebensmittelüberwachung" (Informationen für Bürger und Presse, Rechenschaftsbericht, Hotline für Fragen und Beschwerden etc.)	389
Mehr Personal in der Lebensmittelüberwachung	283
Personal in Handel und Gastronomie sensibilisieren, amtlich belehren, überwachen (auch die Aushilfen)	236
Rotation des Überwachungspersonals (auch zwischen den Städten und Landkreisen)	148
Gesundheitszeugnis mit ärztlichem Attest (regelmäßig kontrolliert) für das Personal in Handel und Gastronomie	146
Missstände konsequenter verfolgen und härter bestrafen	100
Verständliche und durchführbare Gesetze ohne Ausnahmen und Schlupflöcher	99
Härtere Strafen für Wiederholungstäter	69
(Weitere Einzelforderungen)	(63)
<b>Summe</b>	<b>2086</b>

## Arbeitseinheit 08

### Produktsicherheit am Beispiel der Kleidung

6

Die Arbeitseinheit 08 beschäftigte sich mit Qualität und Sicherheit von Kleidungstextilien als Beispiel für viele andere Produkte allgemein. Gemeint waren hier prinzipiell alle Erzeugnisse, die nicht zu den Lebensmitteln (siehe AE 04-07) und nicht zu den technischen Geräten zu zählen sind. Um von einem konkreteren Beispiel ausgehen zu können, wurden die Kleidungstextilien zuerst behandelt. Im folgenden werden zuerst die Ergebnisse zu den Forderungen an die Kleidungstextilien, dann an Produkte allgemein dargestellt.

#### Textilien: Qualität und Sicherheit

Die untenstehende Tabelle zeigt in einem Überblick die am häufigsten bepunkteten Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Textilien.

Es zeigt sich deutlich, dass die Produkteigenschaften für die Bürgergutachter vorrangig wichtig sind. Zu den gesundheitsgefährdenden Stoffen zählten die Planungszellenteilnehmer auch Chemikalien, die in ihren Augen reduziert werden sollten. Die Unterschiede in dieser Aussage zwischen den Teilprojekten sind nur minimal und können der ausführlichen Tabelle im Anhang entnommen werden.

Die Verbraucher wünschen sich auch eine hohe Qualität hinsichtlich Formbeständigkeit, Verarbeitungsqualität und langfristigem Gebrauch. Von den 360 Punkten bei dieser Aussage kamen 30% aus Erlangen, der Rest teilte sich auf die anderen Teilprojekte auf. Bereits deutlich weniger Punkte erhielten die Aussagen zur Deklaration von Inhaltsstoffen, umweltverträgliche Produktion, keine Kinderarbeit, gutes Tragegefühl und Qualitätsgarantien. Die

genaue Punkteverteilung ist der Tabelle im Anhang zu entnehmen.

Ihre wichtigsten 3 Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Kleidungstextilien	Punkte
keine allergiefördernden/ gesundheitsgefährdenden Stoffe	380
Form, Verarbeitung, Haltbarkeit	360
Deklaration der Inhaltsstoffe, Gebrauchsanleitung	162
umweltverträgliche Produktion	135
keine Kinderarbeit	121
gutes Tragegefühl, bequeme Kleidung	114
Qualitätsgarantien, Gütesiegel	112
(Weitere Einzelforderungen)	(642)
<b>Summe</b>	<b>2026</b>

**Allgemeine Produktsicherheit**

Im Weiteren werden die Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Produkten allgemein erläutert. Die Maßnahmen wurden gruppiert in Forderungen an die Produkteigenschaften, Kennzeichnung und Service, Gesetzgeber, Hersteller und sonstige Forderungen. Bei den am höchsten bepunkteten Einzelnennungen zeigt sich ein ähnliches Bild wie bereits bei den Ergebnissen zur Qualität und Sicherheit von Textilien.

Die Verwendung nicht gesundheitsgefährdender Stoffe war den Gutachtern in Dingolfing, München und Erlangen am wichtigsten, die Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit und Pflege den Bürgern in Krumbach. In Tirschenreuth wurden Qualitäts- und Gütesiegel am stärksten bepunktet. Die Warenkennzeichnung wurde nur von den Krumbachern Bürgergutachtern niedrig bepunktet, ansonsten zeigt sich eine gleichmäßig hohe Gewichtung dieser Empfehlung.

Zusammenfassend ergibt sich als klares Ergebnis, das sich die Teilnehmer an den Planungszellen solche Produkte wünschen, die keine oder nur wenig Chemikalien oder gesundheitsgefährdende Stoffe aufweisen. Den Verbrauchern ist es wichtig, dass sie Informationen nicht nur über den Gebrauch von Produkten, sondern auch über die Inhaltsstoffe und über den Hersteller erhalten, was letztlich eine größere Transparenz und Vergleichbarkeit von Produkten bedeutet. Weiterhin sollten Produkte gute Eigenschaften hinsichtlich Formbeständigkeit und Langlebigkeit aufweisen.

Allgemeine Forderungen an die Sicherheit und Qualität von Produkten	Punkte
keine Chemie, keine gesundheitsgefährdende Stoffe	374
Warenkennzeichnung (z.B. Chemikalien, Hersteller) und Benutzungsanleitung	201
Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit, Pflege	174
Qualitäts- und Gütesiegel	168
gutes Preis-Leistungsverhältnis	126
gute Funktionalität	111
umweltverträgliche Produktion	100
(Weitere Einzelforderungen)	(1254)
<b>Summe</b>	<b>1809</b>

## Arbeitseinheit 09

### Gerätesicherheit am Beispiel der Mobiltelefone

Der Themenbereich Produktsicherheit wurde abgeschlossen durch eine Arbeitseinheit, die sich mit dem Verbraucherschutz gegenüber technischen Geräten befasste. Als Beispielprodukt diente das Mobiltelefon. Es ging schwerpunktmäßig nicht um die Sendemasten, sondern um die „Handys“ (tragbare Funkfernsprechgeräte). Die Fachreferate jeweils eines Wissenschaftlers und eines Vertreters der Mobilfunkkritiker führten teilweise bis in Fragen der Erkenntnistheorie und Wissenschaftslehre hinein; die dargestellten Forschungsergebnisse waren recht verschieden.

Als Aufgaben wurden die Fragen gestellt: „Bitte sammeln Sie Ihre 3 wichtigsten Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Mobiltelefongeräten“ und „Forderungen an die Sicherheit und Qualität von technischen Geräten generell (bitte wieder die wichtigsten 3)“.

#### Mobiltelefongeräte

An erster Stelle der Forderungen zur Mobilfunk-Sicherheit steht die unabhängige Forschung. Ob Handys gefährlich sind oder nicht, ist für viele offensichtlich noch nicht genau genug bekannt; einander widersprechende Forschungsergebnisse können nicht befriedigen. Doch auch über Alternativen zu bisherigen Sendeverfahren soll geforscht werden. Über jetzt schon bekannte Gefahren und über die Forschungsergebnisse wollen die Bürger aufgeklärt werden, um verantwortlich entscheiden zu können: in ihrer Rolle als Konsument darüber, ob sie selbst mit solchen Geräten telefonieren, und in ihrer Rolle als Bürger über die Zulassung von Sendeanlagen. Die Sorge gilt dabei besonders den Jugendlichen, die möglicherweise leichter geschädigt werden können und deshalb mehr informiert werden müssen. Dazu wird vorgeschlagen, die Geräte mit Angaben über Strahlungsleistung und mögliche Gefahren zu versehen (Kennzeichnung).

Doch auch jetzt schon fordern Viele, dass die Strahlung vermindert wird. Die Ingenieure sollen Geräte mit weniger

Strahlung entwickeln; der Staat müsse die Grenzwerte senken und neue einführen für alle Bereiche möglicher Wirkungen (zum Beispiel athermische Wirkungen). Zusammen wurden diese beiden Empfehlungen mit etwa einem Viertel der Punkte gewichtet.

Die Sendeeinrichtungen für den Mobilfunk betreffen jeden Bürger, nicht nur die Benutzer von Mobiltelefonen (die Verbraucher sind); sie sind daher beim Verbraucherschutz eher ein Randgebiet. Die Bürgergutachter fanden jedoch, dieses Thema könne nicht einfach abgetrennt werden, es gehöre dazu, und so forderten Einige die Verminderung der Zahl und Strahlung von Sendemasten, eine Genehmigungspflicht mit Bürgerbeteiligung, Sicherheitsabstände und Kontrolle.

Zu den Forderungen der Bürger gehört aber auch mehr Qualität. Diese zeigt sich unter anderem als leichtere Bedienbarkeit, Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit.

Ihre 3 wichtigsten Forderungen an die Qualität und Sicherheit von Mobiltelefongeräten	Punkte
Forschung	494
Strahlungsminimierung	325
Aufklärung	313
Grenzwertminimierung	196
Qualität	138
Nutzungseinschränkungen	78
Kennzeichnung	64
Sonstiges	168
Sendemasten	289
<b>Summe</b>	<b>2065</b>

**Sicherheit und Qualität technischer Geräte**

Bei den technischen Geräten allgemein denken die Verbraucher zuerst nicht an sich - sondern an die Umwelt. Doch ist auch dieser größte Block, der sich zusammenfassen ließ, mit etwa 13 Prozent der Punkte nicht das hervorstechende Thema; die Palette der Forderungen ist breit, die Bürger haben sich nicht nur für wenige Aspekte entschieden, sondern für viele.

Unter umweltverträglichen Geräten verstehen die Bürger vor allem Geräte, die wenig Energie verbrauchen, auch schon bei der Produktion und im „Stand-by-Betrieb“. Wesentlich ist auch die umweltschonende Entsorgung, die schon bei der Entwicklung berücksichtigt werden soll. Einigen erscheint hier eine

Rücknahmepflicht der Hersteller am besten.

Auch den jeweiligen Benutzer und seine Umgebung dürften technische Geräte nicht gefährden (etwa durch Strahlung oder Entzündlichkeit). Vor allem aber sollen sie funktionieren, und das gut und lang. Sicherheit und Güte könnten geprüft und durch ein Gütesiegel kenntlich gemacht werden - wie übrigens auch der Stromverbrauch, was ja teilweise schon Pflicht ist. Die Verminderung der Strahlenbelastung durch alle technischen Geräte lässt sich als eigener Schwerpunkt neben anderen Aspekten der Sicherheit und Unschädlichkeit festhalten.

Die Sicherheit der Geräte geht vor Wirtschaftsinteressen, wird festgestellt. Besonders die Sicherheit von Kindern

liegt den Gutachtern am Herzen. Deshalb sollen Langzeitwirkungen erforscht und überhaupt die Sicherheit geprüft werden, bevor ein Gerät auf den Markt gebracht wird. Doch auch dann, wenn es schon im Privathaushalt eingesetzt wird, soll es regelmäßig überprüft werden. Auch Importgeräte müssen strenger geprüft werden.

Da aber Gefahren nie ganz auszuschließen sind, erwarten die Bürgergutachter, dass die Verbraucher über Risiken aufgeklärt werden, zum Beispiel über Emissionen und Elektromog. Das geht bis hin zu ausdrücklichen Warnhinweisen, etwa für Kinder.

Insgesamt wird die Information stark betont, ob durch Gütesiegel, staatliche und andere unabhängige Informationen oder Gebrauchsanweisungen. Diese sollen verständlicher, groß gedruckt, klar und übersichtlich sein und auf Risiken hinweisen. Viele halten es aber auch für wichtig, dass die Geräte sich überhaupt leicht bedienen lassen.

Die Umweltverträglichkeit und der Nutzen des Verbrauchers steigen durch Geräte, die langlebig und reparierbar sind. Daher wird gefordert, dass sie auch diese Eigenschaften haben sollen.

Forderungen an die Sicherheit und Qualität von technischen Geräten	Punkte
Umweltverträglichkeit	257
Qualitätsstandards	250
Forschung	233
Unbedenklichkeit	231
Aufklärung	192
Verständliche Gebrauchsanweisungen	155
Strahlungsminimierung	139
Langlebigkeit	98
Kontrollen	73
Reparierbar	68
Kindersicherheit	58
Einfache Bedienung	57
(Weitere Einzelforderungen)	(147)
Summe	1958

# Arbeitseinheit 10

## Besondere Verbrauchergruppen

6

In dieser Arbeitseinheit beschäftigen sich die Bürgergutachter mit den Interessen bestimmter Verbrauchergruppen, die bisweilen in den Planungszellen schwächer vertreten sind und besondere Bedürfnisse haben, also im Wesentlichen Kinder, Jugendliche unter 16 Jahre, Behinderte, Senioren und Ausländer.

Nach Referaten von Vertretern des Sozialverbandes VdK und anderer Vertreter der genannten Gruppen klärten die Planungszellen-Teilnehmer in der Gruppenarbeit für sich die Frage: „Wie soll der Staat helfen, den besonderen Bedürfnissen von Behinderten, alten Menschen, Kindern und Jugendlichen sowie Ausländern im Verbraucherschutz gerecht zu werden?“

Die große Mehrheit aller Bürgergutachter möchte eine konsequentere Umsetzung des Prinzips „Barrierefreiheit“. Das heißt, die Planungszellen-Teilnehmer fordern konkret, dass technische Geräte und bauliche Einrichtungen in Gebäuden behindertengerecht gestaltet werden. Dies gelte auch für die sanitären Einrichtungen. Formulare, Beipackzettel oder Bedienungsanleitungen müssten besser lesbar (größere Schrift) und in verständlicher Sprache abgefasst werden.

Die Einhaltung der Jugendschutzgesetze muss der Staat nach Ansicht der Gutachter besser überwachen. Die Abgabe von Alkohol und Tabakprodukten an Jugendliche sollte man strenger kontrollieren. Beim Eintritt in Diskotheken

muss strenger auf Drogen und Waffen kontrolliert werden.

Wichtig ist den Bürgergutachtern auch, dass zum Beispiel in Gaststätten oder Diskotheken zumindest einige alkoholfreie Getränke wesentlich billiger angeboten werden als alkoholische Getränke, und das müsse auch deutlich sichtbar gemacht werden.

Auch die Kreditvergabe an Jugendliche sollte stärker überwacht werden.

Der Staat müsse auch die Integration allgemein besser fördern. Eine bedeutende Zahl von Bürgergutachtern fordert eine Ausweitung des Angebots an Deutschkursen für Ausländer. Die Anreize dafür müssten erhöht oder die

Wie soll der Staat helfen, den besonderen Bedürfnissen von Behinderten, alten Menschen, Kindern und Jugendlichen sowie Ausländern im Verbraucherschutz gerecht zu werden?	Punkte
Barrierefreiheit konsequenter umsetzen	903
Jugendschutz schärfer kontrollieren	484
Integration allgemein fördern	474
Beratungsangebote verbessern	291
Durch Kontrollen den Schutz erhöhen	290
Sensibilisierung der Öffentlichkeit, gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme	198
Sozialdienste fördern	176
Mehr gesellschaftliche Anerkennung für Familien (Steuer, Wohnraum, soziales Ansehen)	159
Bürger an der Planung von Maßnahmen beteiligen	153
Anreize für mehr qualifiziertes Personal im Sozialbereich schaffen	137
Eigeninitiative der Menschen unterstützen	137
(Weitere Einzelforderungen)	(476)
<b>Summe</b>	<b>3878</b>

Teilnahme an den Kursen verpflichtend vorgeschrieben werden. Auch ein verpflichtender Deutschunterricht für Ausländerkinder schon im Vorschulalter wird vorgeschlagen. Insgesamt sollte es mehr Orte der Begegnung geben, zum Beispiel Jugendzentren. Behinderte müssten besser in Schulen und Kindergärten integriert werden.

Das Angebot an Beratung sollte erweitert werden. Das bedeutet für die Jugendlichen in den Schulen eine bessere Aids- und Drogenaufklärung, aber auch mehr Informationen über Versicherungs- und Kreditverträge. Die Beratung müsse allgemein besser an der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtet werden. So sollte es in Altenheimen oder bei Seniorentreffs informative Vorträge geben, und es sollten Anlaufstellen für Ausländer existieren, die ihnen zum Beispiel bei der Erstellung der Steuererklärung helfen.

Die Planungszellen wünschen sich auch häufigere unangemeldete Kontrollen von unabhängiger Seite in Seniorenheimen, Pflegeheimen und Krankenhäusern.

Bei Angeboten von Werbefahrten und Gewinnspielen soll immer ein juristisch Verantwortlicher mit angegeben sein, und die Bürgergutachter wünschen sich ein verlängertes Widerspruchsrecht bei Vertragsabschlüssen.

Sozialdienste und Beratungsverbände wie der VdK sollten mehr gefördert und unterstützt werden. Es müsse zudem mehr getan werden für die ambulante Pflege.

Um diese Aufgaben wahrzunehmen, fordern die Planungszellen, Anreize zu entwickeln für mehr qualifiziertes Personal im Sozialbereich.

Viele Bürgergutachter wollen darüber hinaus, dass die betroffenen Bürger in die Planung von Maßnahmen mit eingebunden werden. Als mögliche Form dafür wurde die Methode „Planungszelle“ vorgeschlagen.

Als Einzelforderung erhielt der Wunsch nach einer Verpflichtung von Arbeitslosen zum Sozialdienst eine hohe Punktzahl.



# Arbeitseinheit 11

## Werbung

In der Arbeitseinheit 11 beschäftigten sich die Bürgergutachter mit der Werbung und deren Umfang, Bedeutung und Wirkungen.

**6** Nach dem Referat eines Werbeexperten bearbeiteten die Planungszellenteilnehmer in fünf zufällig zusammengesetzten Kleingruppen das Themenfeld Konsumgüterwerbung und Verbraucherschutz.

Die Bürgergutachter fordern insgesamt eine Begrenzung der von ihnen kritisierten Werbeflut. Sie sehen durch eine weiter zunehmende Werbung ihre Entscheidungsfreiheit eingeengt. Deshalb fordern sie verschiedene Begrenzungsmaßnahmen. Eine bedeutende Anzahl ist der Meinung, dass 0190-Nummern verboten werden müssten. Außerdem wurde geäußert, dass Fernsehsendungen nicht durch Werbung unterbrochen werden sollten, zumindest müsste es mehr werbefreie Zeiten geben und Werbebeiträge sollten nicht lauter sein als die Fernseh- oder Radiosendungen, zwischen denen sie gesendet werden. Über E-Mail und SMS dürfe es überhaupt keine Werbung geben. Krankenkassen und Versicherungen sollten in den Augen der Bürgergutachter lieber die Beiträge senken als Werbung zu finanzieren.

Vorgebracht wurde auch noch der Wunsch, dass die sogenannte „Quengelgasse“, bei der für Kinder besonders verführerische Artikel in Augenhöhe angeboten werden, im Handel abgeschafft wird. Werbung dürfe zudem nicht mit Scheingewinnen locken. In

manchen Planungszellen wurde auch ein Verbot der unaufgeforderten Zusendung von Werbung gefordert.

Die Werbung soll des Weiteren nach der überwiegenden Mehrheit der Bürgergutachter das Produkt nicht suggestiv verfälschen, sondern wirklich darüber informieren. Werbung sollte der Meinung der Planungszellenteilnehmer nach nicht den Eindruck erwecken, manipulieren zu wollen. Das beinhaltet, dass bestimmte Produkte in ihrer Problematik nicht verharmlost werden, zum Beispiel bei der Werbung für Medikamente, und dass keine totale Machbarkeit vorgegaukelt wird. Es soll mehr Risikohinweise geben, damit der mögliche Käufer des Produkts wirklich einschätzen kann, was er kauft. Um dies alles sicherzustellen, wurden mehr Kontrollen gefordert.

Die Bürgergutachter wollen mit deutlichem Stimmenanteil keine Kinder als Werbeträger eingesetzt sehen, zudem sollten Kindersendungen werbefrei gehalten werden. Einige Planungszellen wollen jegliche Werbung verbieten, die Kinder als Zielgruppe hat.

Konsumgüterwerbung und Verbraucherschutz	Punkte
Werbung insgesamt begrenzen	1566
Keine irreführende Werbung	638
Besserer Schutz für Kinder	577
Verbot oder zumindest Reduktion von Suchtmittelwerbung (Alkohol, Nikotin etc.)	353
Bessere Aufklärung über die Werbung und deren Methoden	267
Werbung soll nicht unrealistische Idealbilder erzeugen	199
Mehr Kontrolle für die Werbung	129
Verbot der Weitergabe persönlicher Daten der Bürger zu Werbezwecken	96
(Weitere Einzelforderungen)	(276)
<b>Summe</b>	<b>4101</b>

Eine deutliche Mehrheit der Bürgergutachter fordert ein Verbot jeglicher Werbung für Suchtmittel wie Alkohol und Nikotin. Andere wollen zumindest eine Beschränkung.

Die Bürger wünschen sich mehr Aufklärung über die Werbung und ihre Methoden. Schon in der Schule sollten die jungen Menschen zu selbständigem Denken und eigenverantwortlichem Handeln erzogen und befähigt werden. Der richtige Umgang mit Werbung müsse erlernt werden.

Werbung soll nach der Meinung der Planungszellenteilnehmer deutlicher auf Gesundheitsrisiken hinweisen, die durch die Benutzung der Produkte entstehen können. Die Gutachter wollen einen Schutz vor ideologischer Beeinflussung durch Werbung und eine Aufklärung, die den selbstbewussten Verbraucher möglich macht.

Die Bürgergutachter stört, dass in der Werbung immer nur Schönheit und Erfolgsstreben im Vordergrund stehen. Dies wecke unerfüllbare Wünsche und führe auch zu Fehlentwicklungen wie zunehmenden Essstörungen.

Wichtig ist den Bürgern eine Eindämmung der verdeckten Werbung (Schleichwerbung), vor allem solcher für gesundheitsschädliche Produkte wie Alkohol und Nikotin. Des Weiteren herrscht in den Planungszellen Unzufriedenheit mit der Weitergabe persönlicher Daten zu Werbezwecken („Adressenhandel“). Dies müsse unterbunden werden.

In einigen Planungszellen wurde zudem die Forderung erhoben, in der Werbung weniger Anglizismen zu verwenden und auf gutes Deutsch zu achten.

# Arbeitseinheit 13

## Eigenverantwortung der Verbraucher

6

In dieser Arbeitseinheit gingen die Bürgergutachter der Frage nach, was sie selbst tun wollen, um zu einem besseren Verbraucherschutz beizutragen, jenseits von Forderungen an Staat und Gesellschaft.

Ohne vorher einen Referenten zu hören, beschäftigten sich die Teilnehmer unmittelbar in der Gruppenarbeit mit der Frage „Was sollen die Bürger selbst tun?“

Insgesamt bewusster einzukaufen ist für die Teilnehmer der Planungszellen der wichtigste Baustein für das eigenständige Handeln des Verbrauchers. Es müsste mehr Wert gelegt werden auf eine kritische Auswahl der Lebensmittel und auf mehr Frische. Fertigprodukte sollten gemieden werden. Auf ein gutes Preis-Leistungsverhältnis sei zu achten und ebenso auf eine kompetente Beratung.

Eigeninitiative zu entwickeln ist den Bürgergutachtern wichtig, weil sich zum Beispiel zusammen mit anderen Interessen besser durchsetzen lassen. Man müsste den Mut aufbringen, sich mit Kritik gleich an den Produzenten oder Hersteller zu wenden und auf Politiker einzuwirken. Auch forderten viele Gutachter, den Alltag umweltbewusster zu gestalten, zum Beispiel den Müll konsequenter zu trennen oder besonders auf recyclingfähige Produkte zu achten.

Der Anfang aber sollte schon bei den Kindern gemacht werden, indem man sie zu kritischen und rücksichtsvollen Verbrauchern erzieht. Dabei müssten die Erwachsenen aber mit gutem Beispiel vorangehen und Vorbild sein.

Viele Bürgergutachter messen der Information einen besonderen Stellenwert bei. Beipackzettel sollten genauer gelesen werden. Es wäre gut, die Verbraucherzentralen bei Problemen oder Fragen schneller einzuschalten. Allgemein müssten neutrale und fundierte Informationsangebote besser genutzt und beachtet werden.

Eine Tendenz zeichnete sich ab, auch regionale Produkte stärker zu bevorzugen und regionale Erzeuger mehr zu nutzen (Märkte, Hofläden). Dies selbst dann, wenn es etwas mehr kosten sollte.

Durch ein bewussteres Leben und einen bewussteren Umgang mit Produkten, seien es technische Geräte oder Arzneimittel, wollen viele Gutachter selbst ihren Beitrag zum Verbraucherschutz leisten. Auf eine gesunde Lebensweise zu achten, Sport zu treiben ist für etliche Bürger ein Weg, Eigenverantwortung zu übernehmen. Außerdem sollten gesundheitliche Risiken wie Stress möglichst vermieden werden.

Eine weitere Idee der Planungszellen-Teilnehmer war es, die eigene Verbrauchermacht zu stärken. Dazu bedürfe es zuerst einer Bewusstwerdung der eigenen Möglichkeiten. So ist es für manche nicht unvorstellbar, bedenkliche Produkte schlicht zu boykottieren.

Für viele Bürgergutachter war es bedeutsam, darauf hinzuweisen, dass es eines Wertewandels bedürfe. Der zunehmende Konsum sollte hinterfragt werden und ursprüngliche Werte müssten mehr gepflegt werden. Auf diese Weise könne die Lebensqualität zunehmen.

Was sollen die Bürger selbst tun?	Punkte
Bewusster einkaufen	716
Eigeninitiative entwickeln	485
Kinder zu kritischen und rücksichtsvollen Verbrauchern erziehen, Vorbild sein	437
Umweltbewußtsein stärken	401
Sich mehr und besser informieren	332
Ursprüngliche Werte bewahren, kritischer werden	292
Regionale Produkte bevorzugen	280
Bewusster leben	260
Auf gesunde Lebensweise achten	222
Sich der eigenen Macht als Verbraucher bewusst werden	221
Qualitätsbewusstsein entwickeln	190
Mehr Reklamieren	188
(Weitere Einzelforderungen)	(105)
<b>Summe</b>	<b>4129</b>

# Arbeitseinheit 14

## Verbraucherarbeit

In dieser Arbeitseinheit ging es um die Frage, wie der Staat und andere Verantwortliche die Verbraucher schon unterstützen und vielleicht noch mehr unterstützen könnten. Des Weiteren um die Frage, was bereits angeboten wird, ob die Angebote in Anspruch genommen werden, warum nicht und wie sie verbessert werden können.

Anfangs bearbeiteten die Teilnehmer einen Einzelfragebogen mit der Fragestellung „Wo suchen Sie Information, Rat und Hilfe, wenn Sie sie brauchen? Suchen Sie überhaupt?“. Dazu wurden den Bürgern einige Auswahlmöglichkeiten angeboten.

Es wird klar, dass praktisch jeder Bürgergutachter auch nach Informationen sucht. Besonders selten werden von ihm allerdings Telefondienste in Anspruch genommen, in geringem Maße auch die Dienste der Verbraucherzentrale und Informationsangebote des Hörfunks. Besonders intensiv nutzen die befragten Bürger hingegen den Rat von Freunden und Bekannten und die Hilfe von Fachpersonal in den Geschäften.

Eine Vertreterin der Verbraucherzentrale Bayern lieferte dann den Bürgergutachtern notwendige Informationen, damit diese schließlich in der Gruppenarbeit die Frage beantworten

konnten: „Wie wollen Sie als Verbraucher informiert und beraten werden?“ Die wichtigste Forderung der Bürgergutachter ist eine kompetente Beratung durch Fachpersonal in Fachgeschäften/Geschäften/im Einzelhandel. Die Beratung darf nicht aufdringlich sein, sondern soll sich auszeichnen durch Freundlichkeit und Geduld beim Erklären eines Produkts. Fachgeschäfte müssten zudem guten Service bieten und mehr auf den Verbraucher zugehen.

Der Verbraucherschutz muss bürgernah und unabhängig organisiert werden. Die Teilnehmer verstehen darunter unter anderem die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle in unabhängiger Trägerschaft für alle Fragen und Probleme des Verbraucherschutzes. Diese Anlaufstellen müssten tatsächlich vor Ort präsent und leicht erreichbar sein, zum Beispiel in den Landratsämtern. Öffentliche Ämter und Behörden sollten eine Kultur der Bürgernähe entwickeln und sich einfach freundlicher und offener mit den Fragen der Bürger beschäftigen. Vorgeschlagen wurde auch die Einrichtung von „Bürgerhäusern“, in denen die Verbraucher Rat und Hilfe finden können.

Zur Bürgernähe gehört es in den Augen der Gutachter auch, dass die Behörden die Bürger frühzeitig über Missstände und Probleme informieren.

Die Medien sollten nach der überwiegenden Meinung der Planungszellen mehr aktuelle Informationen zum Verbraucherschutz liefern, besonders über negative Entwicklungen müsste schneller berichtet werden. Verbrauchersendungen in Hörfunk und Fernsehen sollten bessere Sendezeiten erhalten und sie müssten auch über gesundheitsgefährdende Produkte noch besser in allgemein verständlicher Sprache aufklären.

Die Bürgergutachter fordern einen Ausbau der Verbraucherzentralen, die finanzielle Ausstattung müsste verbessert werden. Die Verbraucherzentralen ihrerseits sollten für eine bessere

Wo suchen Sie als Verbraucher(in) Informationen, Rat und Hilfe?	Tirschenreuth						Gesamt
	Tirschenreuth	Dingolfing	München	Krumbach	Erlangen		
Suche nicht	2	0	2	0	1	<b>1</b>	
Freunde und Bekannte	68	85	79	83	90	<b>82</b>	
"test"-Hefte, "Ökotest", "DM" o.ä.	54	62	65	61	62	<b>62</b>	
andere Zeitungen, Zeitschriften	54	61	70	55	65	<b>62</b>	
Fernsehen	40	47	53	40	53	<b>47</b>	
Hörfunk	32	28	33	24	27	<b>28</b>	
Verbraucherzentrale	24	20	31	23	28	<b>25</b>	
Internet	40	35	57	38	48	<b>44</b>	
Fachpersonal in Fachgeschäften	84	94	77	84	85	<b>85</b>	
Behörden, Ämter, staatliche Beratung	40	34	38	46	35	<b>38</b>	
Telefondienste	10	9	5	9	8	<b>8</b>	

Angaben in Prozent

persönliche und telefonische Erreichbarkeit ihrer Beratungsstellen sorgen, zum Beispiel durch eine durchgehend besetzte Telefon-Hotline und längere Öffnungszeiten. Dies gelte auch für Internet und E-Mail. Außerdem sollte die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert und verbessert werden.

In den Augen der Planungszellen-Teilnehmer wäre es wichtig, dass sich die Tageszeitungen dazu entschlossen, eine eigene Rubrik „Verbraucherschutz“ einzurichten. Dort sollte das Informationsangebot gebündelt und berichtet werden über die neuesten Testergebnisse, Krisen des Verbraucherschutzes, aber auch über erfolgreiche Ansätze.

Alle Informationen müssten generell objektiv, knapp und verständlich dem Bürger vermittelt werden. Hier haben nach der Meinung etlicher Teilnehmer einige Verbrauchermagazine und

–zeitschriften noch Nachholbedarf.

Die Hersteller von Produkten sollten dem Verbraucher noch mehr Informationen liefern. Dies könne geleistet werden durch kompetente Telefon-Hotlines, auffällig deklarierte Warnhinweise und besser verständliche Bedienungsanleitungen. Einige Planungszellen wünschen sich den „gläsernen Hersteller“, das heißt, es solle eine generelle Auskunftspflicht für Hersteller geben.

Ein Vorschlag der Bürger war, ein Adressen-Verzeichnis zum Verbraucherschutz von unabhängiger Seite herauszugeben, das als Broschüre an alle Haushalte verteilt werden kann. Darin sollten gebündelt alle bestehenden Anlaufstellen für den Verbraucherschutz aufgelistet werden, damit die Bürger im Ernstfall wüssten, welche Angebote es gibt und wo sie Hilfe finden können.

Wie wollen Sie als Verbraucher informiert und beraten werden?	Punkte
Kompetente Beratung durch Fachpersonal	888
Verbraucherschutz unabhängig und bürgernah organisieren	876
Aktuelle und schnelle Information durch die Medien	572
Verbraucherzentralen fördern und ausbauen	428
Eigene Rubrik "Verbraucherschutz" in den Tageszeitungen	213
Informationen objektiv, knapp und verständlich geben	183
Broschüre mit Kontaktadressen zum Verbraucherschutz an alle Haushalte	120
Mehr Produktinformationen vom Hersteller	93
Erfahrungsaustausch über Produkte im Bekanntenkreis	82
Information und Beratung soll finanziell erschwinglich sein	81
(Weitere Einzelforderungen)	(594)
<b>Summe</b>	<b>4130</b>

## Arbeitseinheit 15

### Zur Bedeutung des Konsums

Die Arbeitseinheit 15 bestand nur aus einem Einzelfragebogen. Auf ihm sollten verschiedene Lebensbereiche nach ihrer Wichtigkeit unterschieden werden. Damit konnte das Thema Verbrauch und Verbraucherschutz selbst gegenüber anderen politischen und privaten Themen relativiert und bewertet werden.

Vorgegeben waren 13 Bereiche des Lebens, die auf einer Skala von sehr wichtig bis unwichtig eingeordnet werden konnten. Nur 17 % aller Teilnehmenden war der Konsum (Einkaufen, Verbrauchen) sehr wichtig. 48 % war er immerhin wichtig, 30 % weniger wichtig und nur 2 % unwichtig.

Bringt man die Ergebnisse in eine Reihenfolge nach dem Wichtigkeitsgrad, der ihnen im Durchschnitt beigelegt wurde, dann ergibt sich das Bild der nebenstehenden Tabelle.

Die Ergebnisse sind in allen Teilprojekten überraschend ähnlich; es gibt kaum Abweichungen. Die Verteilung der Antworten ist genauer in einer Tabelle im Anhang (S. 141) dargestellt. Darin lässt sich auch sehen, dass die Einordnung individuell verschieden ist.

Über die Bedeutung des Verbraucher-Schutzes sagt diese Erhebung nichts aus. Gefragt war nur nach der Bedeutung des Konsums für das eigene Leben.

Lebensbereich	Wichtigkeitsziffer* Ø
Familie	1,1
Freunde	1,5
Sich unterhalten	1,5
Naturgenuss	1,6
Arbeiten	1,8
Muße, Besinnung	1,8
Sport	1,9
Kunst genießen	2,1
<b>Konsum (Einkaufen, Verbrauchen)</b>	<b>2,2</b>
Verkehr (z. B. Auto fahren, Reisen)	2,3
Religion, Spiritualität	2,5
Künstlerische Tätigkeit, Musizieren	2,6
Unterhaltung konsumieren (z. B. Fernsehen)	2,7

\* 1 = sehr wichtig; 2 = wichtig; 3 = weniger wichtig; 4 = unwichtig

# Arbeitseinheit 16

## Konzepte für die bayerische Verbraucherpolitik

6

Dreieinhalb Tage hatten die Bürger sich informiert, miteinander diskutiert, sich Gedanken gemacht, diese geordnet und ihre Empfehlungen zu einzelnen Themen formuliert und vorgetragen. Zudem waren sie jeweils aufgerufen, aus allen vorgebrachten Forderungen eine Auswahl zu treffen.

Fast der ganze vierte Nachmittag baute darauf auf. In der letzten Arbeitseinheit konnten und sollten alle bisher bearbeiteten Themen noch einmal überschaut werden. Aus ihnen und gegebenenfalls eigenen weiteren Punkten entwickelten die Bürgergutachter dann eigenständige Konzepte für die bayerische Verbraucherpolitik. Hier war eine realistische Auswahl gefragt. Jeder dieser Entwürfe besteht aus drei Teilen: den wichtigsten Zielen, den Maßnahmen, die geeignet sind, diese Ziele zu erreichen, und Finanzierungsvorschlägen dazu. Jede

(wiederum zufällig zusammengesetzte) Kleingruppe sollte sich auf die höchstens drei ihrer Ansicht nach wichtigsten Ziele einigen.

Bei 18 Planungszellen zu je 5 Kleingruppen kam eine große Menge an Ziel-, Maßnahmen- und Finanzierungsempfehlungen zusammen. Die Bitte, auch Finanzierungsvorschläge zu machen, sollte den Nebengedanken unterstützen, dass Politik auch etwas kostet. Die Finanzierungsvorschläge wurden je-doch nicht ausgewertet: Das Thema Finanzierung war in den vier Tagen nicht behandelt worden, und Kenntnisse des öffentlichen Haushaltswesens konnten nicht vorausgesetzt werden. Ziele und Maßnahmen konnten aufgrund der Datenfülle nur getrennt ausgewertet und gruppiert werden. Im Anhang ab Seite 106 sind sämtliche Gruppenergebnisse vollständig abgedruckt.



## Ziele für die bayerische Verbraucherpolitik

So lassen sich als Herzstück der Arbeit die *wichtigsten Ziele der Bürgergutachter für die Verbraucherpolitik des Freistaats Bayern* (und darüber hinaus) darstellen (siehe nebenstehende Tabelle).

Deutlich ist, dass das Leitbild des mündigen Verbrauchers auch von den Planungszellen-Teilnehmern vertreten und angestrebt wird. Der Verbraucher benötigt dazu Informationen, und schon im Kindesalter sollte mit der Verbrauchernerziehung begonnen werden. Fast gleichauf steht der Bereich, der den aktuellen Anlass zur Gründung des Verbraucherschutzministeriums gegeben hatte: die Ernährung. Als untrennbar mit dem Konsum und der Lebensqualität verbunden und daher recht bedeutsam sehen die Bürger den Umweltschutz. Viele wollen ausdrücklich und besonders die Gesundheit geschützt sehen, auch im Rahmen der Verbraucherschutzpolitik. Dass der Verbraucherschutz überhaupt – etwa in der Politik – ein größeres Gewicht erhalten soll, ist eine ebenfalls stark bewertete Forderung. Auf die weiteren gutachterlichen Empfehlungen wird im Folgenden genauer eingegangen, wenn die Ziele detaillierter dargestellt werden. Zu jedem einzelnen Gebiet lassen sich weitere Äußerungen in den vorher behandelten Arbeitseinheiten-Ergebnissen finden.

Wie in der Einführung zu diesem Teil bereits gesagt, ist es teilweise nicht möglich, einzelne Aussagen unter einen Oberbegriff zu bringen, vor allem wenn in einer Forderung verschiedene Bereiche angesprochen sind. Die Rangordnung nach Punkten ist daher mit Vorsicht zu behandeln; erst die Gesamtliste ist das Ergebnis des Bürgergutachtens. Je nach Zweck könnten innerhalb dieser Liste wieder andere Gruppen gebildet werden, zum Beispiel "Landwirtschaft", wozu dann die Forderungen nach artgerechter Tierhaltung und nach gesunder Landwirtschaft zu zählen wären. Gemeinsam hätten diese Empfehlungen  $63 + 71 = 134$  Punkte.

<b>Die wichtigsten Ziele für die bayerische Verbraucherpolitik nach Themenbereichen (Übersicht)</b>	<b>Punkte</b>
Aufklärung, Information, Erziehung der Verbraucher	410
Ernährung, Lebensmittel	406
Umwelt, Umweltschutz	296
Gesundheit, Gesundheitswesen	295
Verbraucherschutz, Verbraucherpolitik (allgemein)	115
Sicherheit (allgemein, Produktsicherheit)	100
besonderer Schutz bestimmter Verbrauchergruppen	82
Mobilfunk, Strahlenschutz, Elektrosmog	61
(Weitere Einzelforderungen)	(312)
<b>Summe aller abgegebenen Punkte</b>	<b>2.077</b>

## Verbraucheraufklärung und -erziehung

6

Verbrauchererziehung und Bewusstseinsbildung stehen allerdings auch dann an der ersten Stelle, wenn nach mehr und feineren Oberbegriffen gegliedert wird. An dritter Stelle folgen Information und Aufklärung. Es ist bemerkenswert, dass die Zuordnung von Forderungen zu Gruppen bei diesen Punkten sehr leicht gefallen ist, da immer wieder ähnliche Formulierungen gebraucht wurden.

Verbrauchererziehung beginnt schon im Kindergarten. Die Schule soll ebenfalls in die Verantwortung genommen werden. Die Kinder sollen zu kritischen und umweltbewussten Verbrauchern erzogen werden, zu "aufgeklärten, gesundheitsbewussten, kritischen, glücklichen Menschen", die selbst Verantwortung übernehmen. Die Erziehung eines mündigen und kritischen Verbrauchers als das Einzelziel, das mit 38 Punkten die höchste Einzelwertung erhielt, unterstreicht diese Forderung. Ein notwendig erscheinender "Wertewandel" ergänzt sie. (Siehe hierzu AE 13.)

Die Verbraucher wollen ernst genommen werden und leichten Zugang zur vollen, verständlich dargebotenen Information bekommen; man soll „den Verbrauchern mehr Verständnis zugestehen“. Es wird gefordert, Informationen darüber zu veröffentlichen, wo welche Informationen zu bekommen sind. Die Angaben zu Konsumgütern sollen genau, vollständig, wahr, objektiv, verständlich und deutschsprachig sein. (Mehr dazu bei AE 14.)

Themenbereich	Punkte
<b>AUFKLÄRUNG, INFORMATION, ERZIEHUNG</b>	
Verbrauchererziehung: Bewusstsein schaffen für Verbraucher- und Umweltschutz, Ernährung, Gesundheit, Eigenverantwortung etc.	179
Information verbessern: konsequente, objektive, umfassende, rechtzeitige, ausgewogene und unabhängige Aufklärung	140
Produktinformationen: informativ, deutschsprachig, genau, vollständig, wahr (Kennzeichnung von Inhaltsstoffen in allen Produkten)	60
Umstrukturierung der Verbraucherzentralen	9
Bekanntmachung von Subventionen	8
Information über Informationsquellen und Organisation des Verbraucherschutzes	8
Gewalt in den Medien verbieten (Computer, Kino)	6
<b>Summe Aufklärung, Information, Erziehung</b>	<b>410</b>

## Ernährung und Lebensmittel

Lebensmittel sollen gesund und sicher sein, und die Verbraucher sollen zu gesünderem Ernährungsverhalten und gesünderen Lebensmitteln hingeführt werden. Dazu ist eine gesunde Nahrungskette erforderlich. Diese beginnt bei der Landwirtschaft. Von ihr erwarten die Bürger, dass sie ohne schädliche chemische Hilfsmittel arbeitet; der ökologische Landbau soll gefördert werden. Die Massentierhaltung wird besonders kritisch gesehen, nach Ansicht vieler sollte sie verboten oder vermindert werden.

In Lebensmitteln sollen sich vor allem oder ausschließlich gesunde und natürliche Inhaltsstoffe finden lassen. Schadstoffe haben in Lebensmitteln nichts verloren. Alle Inhaltsstoffe und Verarbeitungsschritte wie Bestrahlung, gentechnisch veränderte Zutaten und dergleichen sollen genau, detailliert und verständlich auf den Lebensmitteln angegeben werden (Kennzeichnung). Weitere Forderungen betreffen eine häufige und amtliche Lebensmittelüberwachung.

Themenbereich <b>LEBENSMITTEL, ERNÄHRUNG</b>	Punkte
Gesunde, sichere Lebensmittel, gesunde Ernährung	98
Gesunde Landwirtschaft, ohne schädliche chemische Hilfsmittel, ökologische Landwirtschaft fördern, biologische Vielfalt produzieren - darunter: Ausweitung, Förderung des ökologischen Landbaus (31 Punkte)	71
Artgerechte Tierhaltung, Verbot der Massentierhaltung	63
Kennzeichnung der Lebensmittel (Bestrahlung, gentechnische Veränderung, nahrungsfremde Zusätze, exakt, detailliert, verständlich, lesbar)	40
Schadstofffreie Lebensmittel, keine schädlichen Zusatzstoffe, gesunde und natürliche Inhaltsstoffe	40
Lebensmittel-Überwachung (Qualität, Kennzeichnung, Hygiene): häufig, amtlich, ordentlich	30
Lebensmittelsicherheit und -qualität allgemein	16
Regionale Lebensmittel zur Steigerung der Lebensmittelqualität	13
Preiswerte Lebensmittel mit hohem Qualitätsstandard	8
Qualitativ hochwertige Lebensmittel	7
Gastronomie: Konzession statt 3-½-stündiger Gaudiunterrichtung	6
Lebensmittel-Transparenz verbessern	6
Schutz vor gentechnisch manipulierten Lebensmitteln	6
<b>Summe Lebensmittel, Ernährung</b>	<b>404</b>

## Umweltschutz

6

Die Verbraucher selbst und den Staat in der Pflicht sehen die Gutachter beim Umweltschutz, der häufig genannt und hoch bewertet wird (siehe AE 02). Offensichtlich erscheint ein gesundes Leben für Viele nur in einer intakten Umwelt möglich. Die Umwelt soll vor allem weniger belastet werden – weniger belastet durch Emissionen, zu denen auch Strahlen und Elektrosmog zu zählen sind. Dazu dient ein bewusster Umgang mit Energie und die Förderung umweltschonender Energiequellen. Die Produktion (von Konsumgütern) soll nach Ansicht der Bürgergutachter umweltschonend sein. Die Verbraucher selbst sollen dazu auch beitragen. In diesem Zusammenhang wurden die Themen Müllvermeidung und Verminderung der Verkehrsbelastung genannt.

Themenbereich	Punkte
<b>UMWELT</b>	
Umwelt schützen, gesunde Umwelt, Emissionen vermindern	169
Energie: bewußter Umgang, Förderung und Erforschung alternativer, umweltfreundlicher und zukunftsweisender Energiequellen	45
Umweltschonende Produktion	23
Verminderung der Strahlenbelastung und des Elektrosmogs (siehe auch Mobilfunk!)	17
Bewusstsein für den Umgang mit der Umwelt bei den Verbrauchern verbessern	16
Müllvermeidung statt Mülltrennung	14
Verkehrsbelastung vermindern (Lärm, Abgase, Menge), v. a. Straßenverkehr, u. a. durch Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs	12
<b>Summe Umwelt</b>	<b>296</b>

## Gesundheit

Fast gleichgewichtig steht neben der intakten Umwelt als Ziel für die Verbraucherpolitik die Gesundheit, das heißt die Gesundheitspflege und das Gesundheitswesen (siehe AE 03). Überwiegend wird hier für mehr Vermeidung von Krankheiten und stärkere Gesundheitsvorsorge plädiert. Alternative Heilmethoden wie die naturheilkundlichen sollen gefördert werden. Zusammen mit anderen Maßnahmen erhofft man sich davon eine Begrenzung der Kosten des Gesundheitswesens, und diese wird wiederum für nötig gehalten, weil die Gesundheitsversorgung gerecht und für Alle erschwinglich bleiben soll. Ein Problem sehen nicht wenige Bürger in der Arzneimittelsicherheit, und hier wiederum bei den Nebenwirkungen. Es wird ferner gefordert, unwirksame Medikamente früher vom Markt zu nehmen und die sogenannte Positivliste einzuführen. Ganz allgemein halten Einige die Gesundheitspolitik trotz wiederholter Gesundheitsreformen für verbesserungsbedürftig.

Themenbereich GESUNDHEIT	Punkte
Prävention (Vermeidung von Krankheiten, Gesundheitsvorsorge stärken) - darunter: Drogenprävention (10 Punkte)	64
Gesundheit allgemein	48
Stärkung und Zulassung alternativer Heilmethoden (Naturheilkunde)	30
Kosteneinsparung oder -eindämmung im Gesundheitswesen	29
Arzneimittelsicherheit verbessern (keine Schädigung, strenge Prüfung auf Nebenwirkungen)	25
Gerechte Versorgung im Gesundheitswesen, für Alle erschwinglich	25
Gesundheitspolitik, Gesundheitswesen verbessern	24
Qualität der ärztlichen Notversorgung verbessern	13
Wirkungslose Medikamente vom Markt nehmen, Beschränkung auf ein Minimum (Positivliste)	13
Mehr Forschung in Human- und Veterinärmedizin	10
Reduzierung der chronischen Erkrankungen	9
Patientenkarte auf freiwilliger Basis einführen	4
<b>Summe Gesundheit</b>	<b>295</b>

## Weitere Forderungen

6

Das Gewicht des Verbraucherschutzes in der **Politik** sollte nach Ansicht vieler Teilnehmer wachsen. Dazu gehört, dass welt- und EU-weit möglichst harmonisierte hohe Standards gesetzt werden. Die Verbraucherpolitik wünscht man sich mehr vorbeugend und an den Interessen und der Lebensqualität aller Bürger orientiert.

Ein weiterer Bereich, in dem diese Verbraucherpolitik Verantwortung trägt, ist die **Produktsicherheit** (siehe AE 04 bis 09). Diese wird so verstanden: Es sollen nur Produkte eingeführt werden, die sich in Langzeituntersuchungen als unbedenklich erwiesen haben, die die Gesundheit und die Umwelt nicht belasten oder gefährden. Die Sicherheit wurde auch allgemein genannt.

Kinder, Jugendliche, alte Menschen, Behinderte und Ausländer sowie alle **Verbraucher, die** in irgendeiner Weise **besondere Bedürfnisse haben**, sollen besonders geschützt werden – zum Beispiel auch vor sogenannten „Haien“, die gewisse Schwächen auszunutzen versuchen; allgemeine Vorschriften sollten sich an den Schwächeren orientieren (beispielsweise Großdruck bei Packungsaufschriften, weil ältere Menschen oft nicht mehr so gut sehen). Um den genannten Gruppen eine würdige Lebensgestaltung zu ermöglichen, wird unter anderem Barrierefreiheit gefordert (siehe auch AE 10).

Das aktuelle Thema „**Mobilfunk**“ war in der Gesamtkonzeption weniger stark gewichtet, als es in der öffentlichen Debatte erscheint. Wie schon in AE 09 dargelegt, werden neutrale wissenschaftliche Untersuchungen gewünscht. Auf deren Grundlage sollen Strahlenbelastung und Gesundheitsrisiken verringert werden.

Eine Fülle weiterer Einzelforderungen kann den Tabellen entnommen werden, die im Anhang abgedruckt sind. Hier soll davon nur die Art und Weise der Verbraucherpolitik selbst herausgegriffen werden: Der **Dialog der Politik**

Themenbereich	Punkte
<b>WEITERE FORDERUNGEN</b>	
Verbraucher stärker schützen, größeres Gewicht des Verbraucherschutzes in der Politik - darunter: EU-weite bzw. globale Standards auf hohem Niveau (Harmonisierung) (21 Punkte)	115
Sicherheit allgemein (Produktsicherheit, nur Produkte einführen, die in Langzeituntersuchungen unbedenklich erschienen, keine gesundheitsgefährdenden und umweltbelastenden Produkte)	100
Besonderer Schutz bestimmter Gruppen (Kinder, Jugendliche, Behinderte, Ältere, Ausländer), einschließl. Barrierefreiheit	82
Mobilfunk: Verminderung von Gesundheitsrisiken, Verringerung der Strahlenbelastung, neutrale wissenschaftliche Untersuchungen veröffentlichen	61
Kontinuierlicher Dialog mit dem Verbraucher und Bürgerbeteiligung (u. a. durch mehr Planungszellen)	32
Unabhängigkeit der Verbraucherpolitik, v. a. von Lobbies	31
Schadstofffreie Produkte (alle Konsumgüter, auch Holz)	30
Qualitätsprodukte, Qualität sichern (allgemein)	29
Regionale Vermarktung fördern	24
Strengere Kontrollen und Richtlinien	23
Abbau von Überbürokratisierung	17
Werbung: wahrheitsgetreu, Haftung für Werbeaussagen, sachlicher, nur mit messbaren Größen	17
Wirtschaft und Industrie zur Präventionsunterstützung verpflichten, harmonisches Zusammenwirken von Produktion, Handel, Kundendienst und Zubereitung	15
Sicherung der Grundbedürfnisse Lebensraum, medizinische Versorgung, Erziehung, Bildung	14
Technische Geräte: ungefährlich, vor Freigabe auf gesundheitliche Nebenwirkungen prüfen	14
Sicherung der Grundelemente Luft, Wasser, Nahrungsmittel	12
Verhinderung von Verharmlosungen und Verheimlichungen	12
Umfangreichere Beratung und mehr Kontrolle	10
Verbraucher vor Nachteilen (von Produkten) schützen	9

Fortsetzung auf der nächsten Seite

mit den Verbrauchern soll durch Bürgerbeteiligung kontinuierlich geführt werden (hier wurde unter anderem die Planungszelle genannt), und die Verbraucherpolitik soll unabhängig sein von Lobbies und Wirtschaft.

Fortsetzung von Vorseite

Vertrauen stärken	7
Dienstleistungen der Versicherungen übersichtlicher und verständlicher gestalten	5
Konsum	5
Haftung von Unternehmen für Gesundheitsschäden (der Verbraucher)	4
Regulierung von Komfortbedürfnissen (Handy, Werbung, Individualverkehr)	2
Staat und Industrie sollen ihren Beitrag leisten	2
(weitere Einzelforderungen)	(672)
<b>Summe aller Punkte</b>	<b>2.077</b>

## Gleiche Ziele in ganz Bayern?

6 Welche Unterschiede zwischen den fünf Teilprojekten gibt es, wenn wir uns die verbraucherpolitischen Ziele ansehen? Teilweise zeigen sich recht große Unterschiede in der Gewichtung, und das bei vielen Zielen (siehe Tabelle im Anhang I, S.141). Das "Top-Thema", Erziehung und Aufklärung, insgesamt mit knapp 20 % der Punkte versehen, kam in Tirschenreuth und in Dingolfing jeweils auf nur unter 10 %, in München dagegen auf 27 % (ähnlich in Krumbach und Erlangen); in München setzte man sehr auf Erziehung (weit mehr als überall sonst), während die Erlanger die Information höher gewichteten. Weniger große Unterschiede gab es beim Sachbereich Ernährung und Lebensmittel: In den ländlicheren Gebieten scheint dieses Thema wichtiger genommen zu werden, es ist aber überall vertreten worden. Innerhalb der umweltbezogenen Politikziele, die zwischen 11 und 17 % der Punkte lagen, wurden die Arbeitsschwerpunkte unterschiedlich gesetzt. So wurde in Tirschenreuth speziell der Bereich Energiesparen und umweltschonende Energien betont, während an anderen Orten der Umweltschutz allgemein genannt wurde. Im Sachgebiet Gesundheit haben wir wieder große Schwankungen vor uns: Von 2 % (Erlangen) bis 26 % (Dingolfing) reicht hier die Punkteverteilung (bei insgesamt 14 %).

## Fazit

Ein vorsichtiges Fazit: Es gibt kein eines, alle überragendes Ziel; keine Forderung erreichte über 20% der Gesamtpunktzahl. Statt dessen haben wir eine große Bandbreite an Empfehlungen vor uns. Das spricht für eine breit angelegte Verbraucherpolitik, die viele Aspekte des Verbraucherschutzes bearbeitet und sich nicht auf wenige, möglicherweise aktuelle Fragen beschränkt, die neben den Schwerpunkten immer das große Ganze im Blick behält. Für die vielfältigen Lebenslagen, Bedürfnisse und Interessen verschiedener Menschen bedarf es einer vielfältigen, einer differenzierten und differenzierenden Verbraucherpolitik.

## Maßnahmen zur Verwirklichung der verbraucherpolitischen Ziele

Was soll die Verbraucherpolitik und was sollen ihre "Verbündeten" tun, um die genannten Ziele verwirklichen zu helfen? Sehr oft wurden von den Bürgern ganze Maßnahmen-Bündel empfohlen, die dann als Bündel bewertet wurden. Die Maßnahmen konnten deshalb nicht so gruppiert werden, wie das sonst für dieses Gutachten getan wurde. Zudem ist es eine individuell unterschiedlich beantwortete Frage, ob eine bestimmte Sache zu den Zielen oder zu den Maßnahmen gerechnet wird. Manche Ziele können gleichzeitig als Maßnahmen gesehen werden, und erwünschte Maßnahmen stellen in gewissem Sinne auch Ziele dar.

Ausgewertet wurde deshalb nach der Zahl der Nennungen. Das ergab zwar im Detail gewisse Verzerrungen, weil die Kleingruppen unterschiedlich viele Maßnahmen vorgeschlagen hatten, führt aber insgesamt zu einer brauchbaren Gewichtung.

Verbraucherpolitische Maßnahmen	% der Nennungen (ca.)
Information im weitesten Sinne darunter: Aufklärung, Erziehung, Information (17) Produktinformationen, Gütesiegel, Kennzeichnung von Gütern (7)	24
Vorschriften (Ge- und Verbote, Grenzwerte, Gesetze usw.)	18
Kontrolle, Überwachung	9
Förderung (vor allem finanzielle)	9
Forschung und Forschungsförderung	9
Verhaltensänderungen von Herstellern und Verbrauchern (darunter: Hersteller 6, Verbraucher 3)	9
Politik-Änderungen (andere Prinzipien, Unabhängigkeit, Bürgerbeteiligung, Dialog)	6
Organisation, Institutionen aufbauen oder reformieren	6
Personal: Aufstockung und Ausbildung	3
Patientenkarte (Patientenpass), Dokumentationen	2
Dienstleistungen von Staat, Verbraucherzentralen u. ä.	2
Umsetzen (Verwirklichen bestehender Pläne und Regelungen)	1
Abbau von Subventionen oder Kostenübernahme	1
Sonstiges	4

(Summe über 100 aufgrund von Rundungen)

## Informieren und erziehen

Wenn Information und Erziehung schon auf dem ersten Rang der Ziele stehen, ist es schlüssig, dass sie als Maßnahmen ebenfalls die größte vorgeschlagene Gruppe bilden. Zwei Untergruppen können hier unterschieden werden: die Information und Erziehung von Verbrauchern durch Schule, Medien, staatliche Stellen und dergleichen einerseits und die mit dem Produkt verbundene Information andererseits. Zur letzteren gehören Maßnahmen wie eine umfassende Kennzeichnungspflicht (die ebenfalls schon von den Zielen her bekannt ist) sowie die Einführung und Kontrolle von Gütesiegeln. Die Eigenschaften, die diese Produktinformationen aufweisen sollten, sind schon bei den Zielen beschrieben worden. Maßnahmen der Aufklärung der ganzen Bevölkerung sind beispielsweise ein allgemeines *Verbraucherhandbuch* mit Adressen, der Aufschlüsselung und Erläuterung von (Inhalts- und Zusatz-) Stoffen und vielen Angaben, die ein mündiger Verbraucher benötigt. Gefordert wurde auch, dieses Handbuch gratis an alle Haushalte zu verteilen. Die Medien des Alltags, wie Zeitungen und Rundfunk, werden aufgefordert, regelmäßig Themen für Verbraucher zu behandeln. Dabei wird auf neutrale und unabhängige Inhalte Wert gelegt. Auch das Bildungswesen soll mehr vom Thema Verbraucherschutz und –erziehung durchdrungen werden.

## Gesetze und ihr Vollzug

Das klassische und ureigene Feld der Politik, nämlich die Gesetzgebung, steht an zweiter Stelle der Maßnahmen. Gebote, zu denen auch gesetzlich definierte Standards gerechnet wurden, Verbote (einschließlich Zulassungspflichten) und Grenzwerte wurden häufig genannt, manchmal in Verbindung mit den notwendigen Sanktionen.

Mit deutlichem Abstand folgen Kontrollmaßnahmen, finanzielle und andere Förderungsmaßnahmen, Forschung und Forschungsförderung sowie (mehr oder weniger freiwillige) Verhaltensänderungen von Produzenten und Verbrauchern. Reformen der Politik selbst, ihrer Ziele (siehe oben), ihrer Maßstäbe, ihre Unabhängigkeit und die stärkere direkte Beteiligung der Bürger an ihr können den Verbraucherschutz nach Ansicht etlicher Gruppen ebenfalls fördern. Nur in 0,5 % der Nennungen wird auf Verteuerung und Besteuerung als Lenkungsmaßnahmen gesetzt. Weitere Maßnahmenvorschläge können der Tabelle entnommen werden. Angesichts der Fülle teilweise sehr detaillierter und origineller, teilweise auch abstrakter Empfehlungen konnten hier leider nur Arten von Maßnahmen und ihre ungefähre Gewichtung dargestellt werden. Sämtliche Vorschläge sind im Anhang II wiedergegeben.

## Fazit

Die Verbraucherpolitik sollte sich nicht auf ihre klassische Rolle als Ordnungsmacht beschränken, sondern für umfassende und ehrliche Information, Aufklärung und Erziehung sorgen – nicht nur im Rahmen öffentlicher Bildungseinrichtungen. Doch die Instrumente des ordnenden Staates sollen auch angewandt werden. Erst dann kommt die Lenkung durch finanzielle Förderung, gleichauf mit der häufig schon genannten unabhängigen Forschung. Bei den Maßnahmen, wie schon bei den Zielen für die bayerische Verbraucherpolitik, haben die Bürgergutachter zwar Schwerpunkte gesetzt, aber sich nicht auf sie beschränkt, sondern insgesamt für eine breit angelegte, vielfältige Politik plädiert, an der nicht nur Politiker beteiligt sein sollen, sondern alle gesellschaftlichen Kräfte.

## Schlusswort der Projektleiter

Der Verbraucherschutz ist ein weites Feld mit kaum erkennbaren Grenzen; das hat auch dieses Planungszellen-Verfahren gezeigt. Die Aufgaben sind ungemein vielfältig und differenziert. Dennoch haben wir versucht, einige Schlussfolgerungen zu ziehen. Das sind unsere subjektiven Gedanken, sie bauen auf der Erfahrung in den Planungszellen und bei der Auswertung auf.

Unser Eindruck ist: Sehr viele Bürger halten die Konsumwelt für immer undurchschaubarer. Sie sind zur Eigenverantwortung bereit, ja sie wünschen sich mehr Wahlfreiheit; sie wollen ernst genommen werden. Von der Politik erwarten sie deshalb zum einen, dass ihnen das notwendige Rüstzeug gegeben wird, damit sie ihre Eigenverantwortung übernehmen können. Dazu gehört vor allem Information. Sie wollen wissen, woraus genau die Waren bestehen, die sie konsumieren, und wie sie hergestellt worden sind – lückenlos und ehrlich. Sie wollen, dass Lebensmittel naturnah, einfach und ehrlich bleiben oder werden. Sie wollen, besonders von unabhängigen Stellen, auch über Alternativen aufgeklärt werden, damit sie selbst entscheiden können, wie sie ihre Bedürfnisse decken. Das gilt auch und gerade für die Medizin. Zum Beispiel soll ein Arzt einem Patienten nicht einfach ein Rezept ausstellen; er soll vielmehr Vor- und Nachteile verschiedener Behandlungsmöglichkeiten erläutern, damit der Patient mitentscheiden kann.

Alle Informationen sollen ehrlich und nachprüfbar sein, auch die Werbung. Produkte und Aussagen sollen keine Scheinqualitäten oder Scheinwelten vorspiegeln, sondern sachlich bei der Wirklichkeit bleiben. Ehrlichkeit und Verständlichkeit gehen Hand in Hand. Gütesiegel werden zu diesem Zweck als geeignet angesehen. Wo sie missbraucht werden und wo die Erkenntnismöglichkeiten des Verbrauchers nicht ausreichen, da muss der Staat regeln und kontrollieren und konsequent strafen.

Ein Patentrezept gibt es nicht, eine Patentpolitik ist nicht vorgeschlagen worden. Vieles muss getan werden, in vielleicht mühsamer Kleinarbeit oder auch in mutigen weit reichenden Schritten. Und immer mit dem Menschen im Blick, vor allem dem Schwächeren, ihn ernst nehmend, ihm ehrlich gegenüberstehend und ihm Freiheit schaffend.

Hilmar Sturm und Christian Weilmeier